

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießler

58. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pfl., monatlich 22 Pfl., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 3. April 1920

Anzeigenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Todesanzeigen 20 Pfl., die fünfzeilige Zeile; Kauf-, Verkaufs- und alle sonstigen Reichsanzeigen 60 Pfl. die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 36

Der Osterfeiertag wegen erscheint die nächste Nummer (37) erst am nächsten Donnerstag, dem 8. April.

Unsre zukünftigen Berufs-genossen

Wahrlich um die Osterzeit vollzieht sich in unserm gewerblichen Leben ein bedeutungsvoller Vorgang: ein neuer Lehrlings- und ein neuer Gehilfenjahrgang treten in das Buchdruckgewerbe ein. Zielerst und schwer ist die Zeit, in der unsere gewerblichen Mitarbeiter der Zukunft die Schwelle des Berufs überschreiten, der ihnen eine gesicherte Existenzmöglichkeit bieten soll, wie sie erhoffen. Die Auswahlen dafür sind wahrlich nicht die besten. Nach fünf Jahren Weltkrieg mit einem Erlebensvertrage, der diesen Namen nicht verdient, und nach Revolutionsstürmen, deren Toben noch lange zu verspüren sein wird, soll ein neuer Aufbau unsres Wirtschaftslebens und unsrer Kultur beginnen. Und dieser Aufbau soll geleistet werden von einem körperlich und seelisch degenerierten Volke, von einem Volke, das ehemals als fleißig, geschickt und organisationsgewandt in der ganzen Welt bekannt war, und das nun infolge der ersten Erschütterungen aller Art mit Arbeitsunlust und Arbeitsunfähigkeit zu kämpfen hat. Damit sind die zu überwindenden Schwierigkeiten gekennzeichnet.

In der jungen deutschen Republik ist alles erst noch im Werden begriffen. An die Stelle des verkrachten verkapitalistischen und chaotischen Wirtschaftssystems, das zur Verelendung der Menschheit und schließlich zum unglücklichsten kriegerischen Zusammenstoß der Völker führte, soll eine neue gesellschaftliche Ordnung treten, die die wirtschaftliche und soziale Befreiung des werktätigen Volkes sichert. Der erste Schritt dazu ist getan mit der gesellschaftlichen Regelung des Mitbestimmungsrechts der Arbeiter innerhalb der Betriebe, mit der Schaffung eines gesellschaftlichen Organs zur Ausübung dieses Mitbestimmungsrechts in Form der Betriebsräte. Jeder weitere Schritt zum Umbau der privatkapitalistischen Wirtschaft muß natürlich kühl erwogen und auf die Wirkung hin geprüft werden, die er auf das wirtschaftliche Leben ausübt. Alles muß das Werk planmäßiger Entwicklung und organischer Aufbaues sein. Gewalttätige Eingriffe verbieten sich von selbst, denn nach dem Willen allein richten sich die harten wirtschaftlichen Tatsachen bekanntlich nicht. Gewalttätige Werte sind unsrer heimlichen Volkswirtschaft verloren gegangen durch Krieg und Friedensvertrag. Um sie wieder zu gewinnen, muß das deutsche Volk sein einziges Vermögen, seine Arbeitskraft, einsetzen. Unter solchen Umständen kann die Verstärkung des Einflusses der Arbeiter auf den Produktionsprozess nur schrittweise erfolgen, und zwar in dem Verhältnis, in dem ihr Verständnis für die eigentlichen Aufgaben des Betriebes wächst.

Nur derjenige, der die erforderlichen beruflichen Kenntnisse und betriebstechnischen Erfahrungen besitzt, ist imstande, am Aufbau der neuen Wirtschaftsordnung sachgemäß mitzuwirken. Diese Tatsache schließt auch den Pflichtenkreis ein, den wir als Buchdrucker gegenüber unsern zukünftigen Mitarbeitern und Mitstreitern in sachlicher und organisatorischer Beziehung zu erfüllen haben.

Was die Berufstätigkeit anlangt, so hat die Gehilfenschaft von jeher schon ein großes Interesse daran bekundet, daß die Lehrlingsausbildung in gründlicher Weise erfolgt. Um so mehr ist es zu begrüßen, daß durch die neue Lehrlingsordnung für das deutsche Buchdruckgewerbe eine durchgreifende Reform des Lehrlingswesens angebahnt wird. Bisher handelte die Prinzipalität der positiven Mitwirkung der Gehilfenschaft bei der technischen Heranbildung und Erziehung der Lehrlinge sehr engbegrenzt, wenn nicht gar feindselig gegenüber. Das soll in Zukunft anders werden. Es scheint, als ob die Kriegswirkungen und was damit zusammenhängt, der Prinzipalität allgemein recht eindringlich zum Bewußtsein gebracht haben, wofür große gewerbliche Bedeutung der Lehrlingsausbildung zukommt. Der vom Deutschen Buchdruckerverein der Kommission zur Beratung einer Lehrlingsordnung im Februar

dieses Jahres vorgelegte Entwurf bestärkt die Richtigkeit alles dessen, was die Gehilfenschaft in dieser Richtung schon immer als dringende Notwendigkeiten gefordert hat.

Die Lehrlingsordnung umfaßt sämtliche auf das Lehrlingswesen bezügliche Bestimmungen, und sie erstreckt sich auf alle Personen, die auf Grund eines im Sinne der Gewerbeordnung abgeschlossenen Lehrvertrags für irgendeinen Zweig des Buchdruckgewerbes zu Gehilfen herangebildet werden. Sie regelt insbesondere die Auswahl, Einstellung, Ausbildung und Prüfung der Lehrlinge unter Berücksichtigung der Lehrlingsbestimmungen im § 13 des Tarifs. Die Aufstellung der Lehrlingsordnung bleibt Sache der Tarifgemeinschaft nach Beschlußfassung des Tarifausschusses. Die Kosten der Eins- und Durchführung trägt die Tarifgemeinschaft. In ihren erstmaligen Verhandlungen am 16. Februar beschäftigte sich die paritätisch zusammengesetzte Lehrlingskommission damit, unter Anpassung an den Entwurf der Lehrlingsordnung grundlegende Bestimmungen zu schaffen für die Auswahl der Lehrlinge, für die innerhalb der einzelnen Lehrjahre zu erzielenden Ziele, und schließlich Vorkehrungen zu treffen für eine gründliche und wirklich sachmännliche Prüfung der Lehrlinge beim Eintritt in die Lehre und bei ihrer Beendigung. Das letzte Wort über die Lehrlingsordnung steht natürlich dem Tarifausschusse zu, der hoffentlich schon in seiner nächsten Sitzung in eine abschließende Beratung darüber eintreten wird. Unbeschadet etwaiger Abänderungsbeschlüsse der gewerblichen Lehrlingsordnung durch den Tarifausschuss wollen wir im allgemeinen heute schon unter Berücksichtigung ausdrücklicher über den vorliegenden Gesamtentwurf. Er steht in erster Linie eine bessere und zuverlässigere Auslese der dem Berufe zuzuführenden Lehrlinge vor. Ihr elementares Wissen soll ein derartiges sein, daß von vornherein eine gewisse Gewähr dafür geboten ist, daß sie bei entsprechender sachlicher Anleitung zu vollwertigen Berufsgenossen herangebildet werden könnten. Das Schwerkgewicht der angestrebten Reform ist aber wohl darin zu erblicken, daß Druckerereien, die sich zur Lehrlingshaltung belugt erachten, daraufhin geprüft werden sollen, ob eine gute sachliche Ausbildungsmöglichkeit gewährleistet erscheint oder nicht. Der Grundgedanke, daß bei der Lehrlingshaltung nicht die Ausnutzung der jugendlichen Arbeitskraft die Hauptsache sein darf, muß in erster Linie zur Geltung gelangen, wenn eine Erziehung unsres gewerblichen Nachwuchses wirklich erreicht werden soll. Erfahrungsgemäß wird bei Tarifrevisionen usw. gerade von solchen Firmen am lebhaftesten über das „schlechte Gehilfenmaterial“ geklagt, die jedes Verantwortlichkeitsgefühl bei der Ausbildung ihrer Lehrlinge vermissen lassen. Besonders erfreulich ist es unter den heutigen Verhältnissen, daß auch die Fragen des Kollegeldes und der Feuerungszulagen eine zeitgemäße Regelung durch die neue Lehrlingsordnung finden sollen.

Alles in allem genommen darf wohl die Überzeugung zum Ausdruck gebracht werden, daß die Zeiten endgültig vorüber sind, wo die Prinzipalität bemüht war, jeden Einfluß der Gehilfenschaft auf das Lehrlingswesen aus heimlichen Bedenken auszuschalten. Aus den veränderten Zeitverhältnissen heraus wird vielmehr die Stellung des Lehrlings innerhalb des Gewerbes, seine Ausbildung, Tätigkeit und Bezahlung, durch den Tarif fester umgrenzt werden müssen, um zu besseren Verhältnissen im gesamten Lehrlingswesen zu gelangen. Daß die Gehilfenschaft an einer gründlichen Berufsbildung und gesteigerten Leistungsfähigkeit des gewerblichen Nachwuchses das größte Interesse hat, liegt klar auf der Hand. Aus diesem Grunde ist die Gehilfenschaft von sich aus vor kurzem zur Herausgabe einer monatlich erscheinenden Zeitschrift für Lehrlinge übergegangen, um den zukünftigen Berufsgenossen für die Jahre des Heranwachsens, die die Entscheidung bringen für Lebensauffassung und Lebensbefähigung, eine feste Stütze zu bieten. Die Werbenummer des „Jungbuchdruckers“ erfreute sich, nach allem was man hört, bei unsern Lehrlingen in Großstadt und Provinz einer sehr guten Aufnahme. Was seitens unsrer Verbandsfunktionäre irgendwie getan werden kann zur reiflichen Erfüllung des Zweckes

unsres neuen Lehrlingsablaufes, das sollte unbedenklich geschehen. Im übrigen mögen sie nicht verkümmern, die Einstellung neuer Lehrlinge aufs strengste zu überwachen. Für die Anzahl der in einer Druckererei zu haltenden Lehrlinge ist die Durchschnittszahl der im ersten Quartal 1919 beschäftigten Gehilfen maßgebend.

Auf die Bedeutung der Gehilfenprüfung sei noch kurz hingewiesen. Nach der anzustrebenden reichsbehördlichen Genehmigung zur Durchführung der Lehrlingsordnung für das deutsche Buchdruckgewerbe dürfte die Ablegung der Gehilfenprüfung im direkten Anschluß an die beendetete Lehrzeit wohl obligatorisch werden für unser Gewerbe. Bis dahin bleibt die Ablegung jener Prüfung nicht zwingendes Recht; es ist dafür lediglich die Sollvorschrift im § 131 c der Gewerbeordnung in der Fassung des Gesetzes vom 30. Mai 1908 maßgebend. Immerhin ist die Gehilfenprüfung in den meisten Städten zur Durchführung gelangt, und die Gehilfenschaft nimmt großes Interesse an diesen Prüfungen, die dem ersten gewerblichen Bildungsgang einen vorläufigen Abschluß geben. Dadurch wird ebensowohl ein moralischer Zwang ausgeübt auf das Maß des Fleißes und der Ausdauer des Lernenden als auch auf das Verantwortlichkeitsbewußtsein des Prinzipals. Es wohnt der Gehilfenprüfung also ein hohes erzieherisches Moment für beide Teile inne. Außerdem ist zu bedenken, daß die bestandene Gehilfenprüfung für das spätere Fortkommen des jungen Gehilfen insofern an Bedeutung gewinnt, weil sie gesellschaftliche Vorbedingung ist für die Meisterprüfung, aus der sich wiederum die Befähigung zur Ausübung von Lehrlingsarbeiten herleitet. Jeder vorwärtsstrebende Gehilfe wird sich daher die Ablegung der Gehilfenprüfung ohne weiteres angelegen sein lassen müssen.

Für die Kollegenschaft im allgemeinen bleibt noch übrig, den Ausgelernten beim Eintritt in ihre Gehilfenlaufbahn die nötige Unterstützung in technischer, kollegialer und organisatorischer Hinsicht zuteil werden zu lassen. Je intelligenter und tüchtiger unsre zukünftigen Berufs-genossen, desto leichter geht die gemeinsame Arbeit mit den älteren Gehilfen vonstatten und um so fester knüpft sich das organisatorische Band. In technischer Beziehung muß unsre Jungmannschaft durch Zugänglichmachung von Kurzen und Vorträgen in den drückenden Zweigereinen des Bildungsverbandes sowie der verschiedenen Sparten tatkräftig unterstützt werden. Sehr angebracht erscheint ferner ein Hinweis auf die der Pflege des kollegialen Lebens gewidmeten engeren Vereinigungen, insbesondere unsre Kollegengangsvereine. Die Ursache für das Wiltigen und Weggelien unsres Verbandes lag ja niemals in seinen materiellen Mitteln allein begründet, sondern vor allem in dem unerschütterlichen Zusammenhalt seiner Mitglieder, im ständigen sich auf neue vorliegenden Gedanken der Kollegialität und Solidarität. Aus dem Studium der Verbandsgeschichte können unsre jungen Kollegen (aber auch die älteren) lernen, den Verband der Deutschen Buchdrucker nicht etwa als etwas Selbstverständliches zu betrachten, sondern als ein Produkt harter und schwerer Kämpfe um den Arbeitsvertrag. Erst aus der Verbandsgeschichte wird sich der einzelne der rastlosen Arbeit und des Opfernuffs voll bewußt, die von unsern Vätern im Interesse der Aufrechterhaltung des Verbandes geleistet worden ist. Viele unsre gewerkschaftliche Organisation all es der Gesamtkollegenschaft auch weiterhin dienlich zu erhalten über alle Stürme und Wetter hinweg.

Genau sind die Zeiten andre geworden, aber an der Art der wirtschaftlichen Kämpfe hat sich gegen früher so gut wie nichts geändert. Sie müssen im wesentlichen noch auf dem gleichen Kampfplan und nach den gleichen gewerkschaftlichen Methoden ausgefochten werden. Die Berufsverbände werden ohne Zweifel noch auf lange Zeit hinaus die besten Interessensvertretungen der Arbeiterschaft bleiben. Sie werden ihre geistige Tätigkeit entsprechend den veränderten Bedürfnissen einustellen wissen auf die kommenden wirtschaftlichen Probleme und so eine neue Zeit vorbereiten helfen, als deren Stützen wir unsre jungen Berufsgenossen betrachten und willkommen heißen!

□ □ □ □ Korrespondenzen □ □ □ □

Baden-Baden. Unser Ortsverein konnte am 1. Februar seine 23 Gründungsfeste verbunden mit Ehringen verschiedener Kollegen begehen. Unser langjähriger Gauvorsitzer Lindenlaub sowie Bezirksvorsitzer Stiller und Bezirkskassierer Hof waren dazu erschienen und trugen wesentlich dazu bei, die Feste zu verklären. Besonders Kollege Lindenlaub bestand es, die anwesenden Kollegen, die in großer Zahl erschienen waren, durch seinen Vortrag: „Werbegang und Ausbau des Verbandes“, zu interessieren. Den anschließend Gelehrten für 50jähriges Verbandsjubiläum Kollege Fröh Teufel, für 25jährige Verbandzugehörigkeit die Kollegen Faltor Konrad Wunder, Otto Kreuzer, Anton Maner, Karl Krall und Emil Nichtenberg, wurden entsprechende Geschenke überreicht. Ein reichhaltiges, abwechslungsreiches Programm brachte Stimmung und sorgte für gemüthliche Unterhaltung. Den Teilnehmern und besonders den Jubilaren wird diese Feste in bester Erinnerung bleiben. — Am 10. Januar fand unsere Generalversammlung statt, die sich ebenfalls eines guten Besuchs erfreute. Die Zusammenkunft des Gesamtvorstandes in seiner Gesamtheit blieb die frühere, was allen Kollegen die Gewähr für eine erfrischende Zusammenkunft gibt. Die Badener Kollegenchaft bedauert lebhaft, daß das Internationale Buchdruckerlehreramt von Deutschland nach der Schweiz verlegt worden ist.

Berlin. (Brandenburgischer Maschinenheberei.) Die Versammlung am 8. Februar nahm zunächst die Abrechnung entgegen über die Veranstaltung in der „Arantia“ und vom 19. Stiftungsfest. Unter „Verleinermittlungen“ verlas der Vorsitzende ein von der Regierung herausgegebenes Melmerblatt zur Verhütung der Bleichkrankheiten. Des weiteren besprach er u. a. eine Notiz aus dem „Korrespondenzblatt“ über das Priestmann-Solium, das das bessere Einvernehmen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer befähigen soll. Nachdem der Vorsitzende einige farbliche Angelegenheiten nach den neuesten Entschieden erklärte, entrollte er das Jahresprogramm des Vereins. Die Veranstaltung eines Feierns Abends wurde einstimmig beschlossen. Die auf der Tagesordnung stehenden Wahlen wurden glatt erledigt. Unter „Verschiedenem“ machte Kollege Förber längere Ausführungen über die gegenwärtige Lage, die in dem Bunde glücklicherweise, einzig zu sein und keine Zweitei zu sein. Zur Aufnahme meldeten sich neun Kollegen.

r. Bühl (Baden). Am 30. Januar hielt der hiesige Ortsverein seine Generalversammlung ab. Vorsitzender Bili begrüßte die zahlreich erschienenen Mitglieder und erstattete den umfangreichen Tätigkeitsbericht. Den Kassenbericht erläuterte Kassierer Wirth. Ausgenommen wurde ein Neuausgewählter. Der Punkt „Tarifliches“ betraf u. a. die Steuerzulagen. Dieselben gingen so ziemlich glatt durch, bis auf die Druckerei Röger, welche sich nicht verstehen konnte, die letzte Steuerzulage zu zahlen, weshalb beim Schiedsgericht Klage erhoben wurde. Die Druckerei „Unifas“ erreichte ihr Personal zu Weihnachten mit einem schönen Geldgeschenk, es wird ihr auch an dieser Stelle der herzlichste Dank gesagt. Der Gesamtvorstand wurde per Akklamation wiedergewählt. Den Schluss machte die Behandlung interner Angelegenheiten.

Chemnitz. (Maschinenheberei.) Am 1. Februar tagte hier die Jahresgeneralversammlung. Auswärtige Kollegen waren infolge der Personalausgrenzung am Sonntag außer von Sibba nicht erschienen. Als Vorsitzender wurde Kollege Soppa wiedergewählt. Auch Kassierer und Schriftführer blieben die alten. Die Technische Kommission besteht im laufenden Jahre aus sechs Kollegen. Der Vorsitzende gab außer dem Jahresbericht einen Auszug aus der eben aufgenommenen Statistik der Maschinenheberei. Zur Vorstandskonferenz in Zwickau wurden als Vertreter die Kollegen Wangelin und Wehner gewählt. Die Versammlung beschäftigte sich auch mit den Anträgen zur Verbandsgeneralversammlung und nahm deren fünf an. Ein Antrag des Kollegen Nilscher, den auswärtigen Kollegen, die in unfern Versammlungen erscheinen, das volle Fabrikgeld vierter Klasse zu gewähren, fand einstimmige Annahme.

Deggendorf. Die Generalversammlung unseres Ortsvereins am 9. Februar hatte sich eines zahlreichen Besuchs zu erfreuen. Dem Vorstandsbericht war zu entnehmen, daß das abgelassene Vereinsjahr ein sehr arbeitsreiches war. Die finanziellen Verhältnisse sind gute. Die Vorstandwahl blieb mit Ausnahme des Schriftführers die alte. Zum neugegründeten Gewerkschaftskartell wurden zwei Delegierte gewählt. Um auch in technischer Beziehung nicht zurückzufallen, hat sich hier auch eine Expositorische Vereinigung gegründet, der die Kollegen korporativ beigetreten sind; Leiter der Kurse ist Faltor Jakob Adler, dem auch an dieser Stelle Dank gesagt sei.

Dillenburg-Herborn. In unserm Bericht in Nr. 13 war u. a. der Sach enthalten, daß die Herborner Kollegen freiwillig an die Dillenburgler verzichtet hätten. Hierzu ist eine Richtungsklausel bzw. Ergänzung notwendig, zumal ja der „Expositor“ schon mit ihm ungenügend Behagen sich eine Glorifizierung dieser Angelegenheit erlaube und frohlockend meinte, daß es auch „freie“ Buchdrucker gäbe, die gelegentlich auf Steuerzulagen verzichten könnten. Zum großen Leidwesen des „Exp.“ und zu unfer Genugtuung sei jedoch hiernit Kenntnis davon gegeben, daß diese Angelegenheit sich zur Zufriedenheit unfer Kollegen erledigt hat. Es ist also somit mit dem vermeintlichen „Bundesgenossen“ aus Verbandskreisen durchaus nichts. Wie aus einer nochmaligen Behandlung dieser Sache in einer

Ipferen Verarmung herorging, glaubten sich die Kollegen auf Grund der geschaffenen Klausel für die unter zehn Gehilfen berechtigt, der Erklärung des Prinzipals, die erhöhten Lohnsätze nicht zahlen zu können, nachgeben zu müssen, ohne vorher mit den zuständigen Funktionären Rücksprache genommen zu haben und auch die eventuellen Folgen in Betracht zu ziehen, die den Kollegen im nahegelegenen Dillenburg aus einem solchen widerstandlosen Verzicht entstehen könnten. In der Hauptsache war also der freiwillige Verzicht nur auf die beobachtete Eigenmächtigkeit zurückzuführen.

Dorfmund. Unter dem Zeichen der Verkehrssperre tagte wieder unser Bezirksversammlung am 1. Februar, so daß es weiter abgelegenen Mitgliedern, wie Hamm, Alßen und Seel, nicht möglich war, in der sonst üblichen Stärke resp. überhaupt zu erscheinen. Der Kollegenlangweiliger „Expositor“ (Dorfmund) leitete die Versammlung stimmungsvoll ein. Das Ableben eines Kollegen wurde in üblicher Weise geehrt. Einen kurzen Bericht über die Tätigkeit der Aufsichtskommission über den Arbeitsnachweis erstattete Kollege M. Raab. Es wurde da u. a. sehr bemängelt, daß sich die Kollegen, die am Arbeitsnachweis eingetragene sind, in der Regel nach Annahme einer Kondition nicht wieder abmelden, wodurch immer Unzufriedenheiten entstehen. Den Kassenbericht gab Kollege Kapp. Hierauf wurde in die Beratung der Anträge zum Gau und zu der Generalversammlung eingetreten und die vom Vorstandsvorstande bereits veröffentlichten Umdenkerungen der einzelnen Unterförderungsparagrafen mit einigen kleinen Umdenkerungsvorschlägen angenommen. Nach Aufstellung der Kandidatenliste für die Gauleitung und Generalversammlungsdelegierten erfolgte die von 157 Kollegen besuchte und anregend verlaufene Versammlung ihr Ende.

Dresden. Für die Versammlung am 11. Februar mit Beratung und Beschlußfassung über unsere Anträge zur Generalversammlung des Verbandes hatten diesmal „einige alte Kollegen“ mit einem Flugblatte Stimmung gemacht, so daß der große Saal des „Volkshauses“ vollbesetzt war. Die Anträge des Gauvorsitzenden — dem Verband ist eine Lehrlingsabteilung anzugliedern; die Entschädigung an die Gaue (§ 39) beträgt 5 Proz. der Einnahme und Ausgabe — wurden nach kurzer Begründung durch den Gauvorsitzer und den stellvertretenden Verwalter einstimmig angenommen. Als Umdenkerungen zur Sichtung beantragte Kollege Giebler mit weiteren 15 Kollegen: im § 1 Absatz 1 ist zu streichen „mit Ausschluß aller politischen und religiösen Fragen“; im § 1 unter a ist zu streichen „auf gleichem Wege (§ 152 der Gewerbeordnung); im § 11 ist Absatz 1 zu streichen: „Sandlungen begehrt, die die Interessen des Verbandes schädigen und den Grundrissen desselben zuwiderlaufen“. Nach der Begründung des Antragstellers bezweckten die Anträge nur formelle Änderungen, so daß ihnen jeder Kollege zustimmen konnte. Die Kollegen Schaaf, Reber, Lehner und Wendische waren anderer Ansicht, so daß sich die durch Schlußantrag beantragte Aussprache zusammen mit der weiteren Begründung des Kollegen Edel und dem Schlußworte des Antragstellers zu einer Redezeit selbster, in der Verband, „Korr.“, Regierung und Opposition heftig angegriffen und verächtelt wurden. Die Anträge selbst wurden einzeln mit übergroßer Mehrheit gegen immer weniger Stimmen abgelehnt. Zwei andre Anträge derselben Kollegen forderten bei den Wahlen nach § 22 und § 30 Verhältnismäßig. Sie fanden gegen wenige Stimmen Annahme, ebenso einstimmig der Antrag des Kollegen Sannemann und weitere 53 Kollegen: Anrechnung der Kreisdienstzeit bei den Karenzen. Ein weiterer Antrag von Giebler usw. verlangte von der Generalversammlung den Beschluß, daß der Verbandsvorstand der Regierung Kenntnis gibt von seinem Willen, die der „Würde der Republik entsprechende Pressefreiheit“ durch Generalfestsetzung zu erkämpfen. Diesem Antrag gegenüber stand eine Entschließung, die volle Pressefreiheit fordert, aber auch ausspricht, daß Pressefreiheit und Freiheit der Person am Bestande des deutschen Volkes ihre Grenze haben müssen. In der Begründung und Aussprache wurden „Fälle und richtige Methoden“ und „Weiteres zu den Zeitungsverboten“ frei nach dem „Korr.“ mit vielen Beweisen belegt. Im Sammelsprunge wurde der Antrag mit 292 gegen 215 Stimmen abgelehnt, die Entschließung angenommen. Vom Karlsruhschuh erwartete die Versammlung vollen Ausgleich des Lohnes gegenüber der Seuerung. Eine Entschließung gegen „die völlig unberechtigte Unterdrückung der Dresdner Unabhängigen Volkszeitung“ fand nach Annahme, Ablehnung dagegen ein Antrag auf Abgabe von 10 Proz. vom Ubersundenverdienste für die Arbeitslosen.

M. Düsseldorf. Die in diesem Jahre zum ersten Male vollzogene Neuwahl des Vorstandes brachte 50 Proz. der Kollegen an die Wahlurne. Die meisten der selbsterigen Vorstandsmitglieder wurden wiedergewählt. Neugewählt wurde als erster Vorsitzender Kollege Joseph Strich, desgleichen der zwei Vorsitzende und ein Beisitzer. — Die Generalversammlung fand am 11. Januar statt und hatte einen recht guten Besuch zu verzeichnen, was sonst nicht immer der Fall ist. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung das Andenken eines verstorbenen Kollegen in der üblichen Weise. Der gedruckte vorliegende Jahresbericht wurde einstimmig genehmigt. Aufgenommen wurden zwei Kollegen, vier Restanten ausgeschlossen. Der Vorkaufsfall der Hausbaukommission wurde nach einer kleinen Änderung angenommen. Er wies eine Minderereinnahme von 3000 Mk. gegenüber den Ausgaben auf, und mit Rücksicht darauf wurde der Ortsbeitrag um 30 Pf. ab 1. Februar erhöht; es beträgt der Gesamtbetrag nunmehr 3 Mk. Die Versammlung konnte wiederum einige Subilare ehren, und zwar die Kollegen

M. Krone, Groß, Ulrich, Siemer (25jährige Verbandsjubiläum), **Senfen sen. und Gans** (50jährige Verbandsjubiläum). Drei Tagesordnungspunkte mußten der vorgerichteten Zeit wegen von der Tagesordnung abgehört werden. — Am 25. Januar fand dann eine außerordentliche Versammlung statt, um die übrigen abgelebten Tagesordnungspunkte, u. a. Anträge zur Generalversammlung, zu erledigen. Einen breiten Raum in dieser Versammlung nahm die Stellungnahme der Ortsvereinschaft zu den Zeitungsverboten ein; waren doch von in Düsseldorf bereitgestellten Arbeitszeitungen fünf dem Verbot verfallen und dadurch eine Reihe von Kollegen in ihrer Erwerbsfähigkeit sehr beschränkt. Einstimmigkeit herrschte in der Beurteilung derartiger Reglerungspraktiken, und eine entsprechende Entschließung wurde einstimmig angenommen. Ebenso wurde die Ablehnung von Telegrammen an Verbände und Gauvorsitzende beschlossen, worin auf die Gefahr hingewiesen wurde, die sich aus der weiteren Aufrechterhaltung der Verbote ergebe. (Zwischen war das Verbot gegen die „Volkszeitung“ und „Volkstribüne“ nach 18tägiger Dauer wieder aufgehoben worden, für drei andre Zeitungen jedoch noch nicht.) Fern wurde die Selbsthaltung ihrer 45-Stunden-Arbeitswoche streikenden Chemigraphen am Orte wurden 500 Mk. aus der Ortskassa bewilligt. Nach Erledigung verschiedener Wähler wurde in die Beratung der gestellten Anträge zur Generalversammlung eingetreten. Erob der Beschränkung der Redezeit auf zehn Minuten konnte nur ein Teil der Anträge erledigt und mußte die Versammlung der vorgerichteten Zeit wegen verlasst werden. — Es fand am 9. Februar eine erneute Versammlung statt, wo die Beratung fortgesetzt und zu Ende geführt wurde. Von den angenommenen Anträgen verdient besondere Hervorhebung ein Antrag, der die Erhöhung der Unterförderungsätze ablehnt und nur einen Ausbau der Streikunterstützung verlangt, da es nicht angängig sei, daß die Arbeiterchaft auch in Zukunft die Mittel selbst aufbringe, die notwendig sind, um bei eintretender Arbeitslosigkeit, Krankheit oder Invalidität die Not von ihr fernzuhalten, vielmehr müsse dies Aufgabe des Staates sein; die Gewerkschaften hätten darauf hinzuwirken, daß dieser die sozialen Lasten hälften trage. Außer weiteren prinzipiellen Anträgen wurden eine Reihe von Umdenkerungen zum Verbandsstatut angenommen, die mehr oder minder das Schwergewicht in allen Fragen in die Hände der Mitglieder gelegt wissen wollen. Die Stellungnahme zur Forderung einer neuen Steuerzulage nahm einen breiten Raum in der Versammlung ein. Von einer direkten örtlichen Aktion wurde vorläufig mit Rücksicht auf das Zusammenstreben des Tarifschlusses abgesehen. In einer angenommenen Entschließung wurde eine wöchentliche Steuerzulage von 60 Mk. ab 1. März gefordert unter Vorbehalt weiterer Schritte bei unbefriedigendem Ergebnis. Einer eingehenden Kritik unterzogen wurde die Haltung des „Korr.“, dessen einseitige Stellungnahme gegen die Linke scharf zu verurteilen sei. Nachstehende Entschließung wurde einstimmig angenommen: „Die Kollegenchaft Düsseldorfs verurteilt ganz energisch die jegliche Schreibweise des „Korr.“. Sie sieht darin eine Zerstückelung der Kollegenchaft. Der „Korr.“ als Verbandsorgan muß unbedingt Neutralität in parteipolitischen und religiösen Fragen wahren.“ Aufgenommen wurden acht Kollegen. Zwei Tagesordnungspunkte mußten wegen Eintretens der Vollzeitunde wiederum zurückgestellt werden. Die Versammlung war gut besucht; zu wünschen ist das auch für die Zukunft. Durch Ungültigkeitserklärung der letzten Wahl durch das Tarifamt mußte eine Neuwahl des Schiedsgerichts stattfinden. Es wurden gewählt die Kollegen J. Strich, S. Schippers und J. Schröder.

Landau (Pfalz). Am 25. Januar fand hier eine Bezirksversammlung statt. Das Andenken eines verstorbenen Kollegen erfuhr die übliche Ehrung. Nach Entgegennahme des Kassenberichts erstattete der Vorsitzende einen kurzen Jahresbericht. Der Geschäftsgang war ein ziemlich guter, denn die Konditionslösen konnten alle untergebracht werden. Die Steuerzulagen, die immer noch in keinem Verhältnisse zu der enormen Seuerung stehen, kamen mit Ausnahme der Firmen Schmidt und Plank & Böhle in Bergabern zur Einlösung. Nach langem Jögern seitens der Stadtverwaltung ist nun das hiesige Gewerkschaftskartell auch bei der städtischen Lebensmittellkommission durch drei Mitglieder vertreten. Nur dem letzten Zugreifen der im Kommunalverbandesbezirk angestellten Zivilkontrolleure ist es zu danken, daß heute die Stadt Landau mit Karstoffeln versehen ist. Eine Neuaufnahme wurde vollzogen. Der Bezirksbeitrag wurde um 10 Pf. erhöht, ebenso wurde die Vergütungen für Vorsitzenden, Kassierer und Kartelldelegierten der Zeit entsprechend erhöht. Der selbsterige Vorsitzende legte selber sein Amt nieder, das er so vorzüglich zu leisten verstand. An seine Stelle wurde Kollege Leonhardt gewählt. Ein Graphischer Klub soll demnächst ins Leben gerufen werden.

Landau i. B. Inse Versammlung am 18. Januar war beinahe vollständig besucht. Als erster Punkt wurde der Jahresbericht verlesen. Zu begrüßen ist, daß es gelungen ist, für Landau einen zehnprozentigen Lokalaufschlag zu sichern. Es war für unsere Fremdenstadt von höchster Notwendigkeit. Vom Kassierer wurde der Kassenbericht erstattet. Gegenwärtig sind 17 Mitglieder zu verzeichnen. Bei der Vorstandswahl wurde Kollege Anor als Vorsitzender und Kassierer wiedergewählt. Mit Entzückung und Enttäuschung nahmen wir Kenntnis von den Sonderbestimmungen des Betriebsratsgesetzes für das graphische Gewerbe, die glücklicherweise als abgewehrt gelten können.

J. B. Würsch. Eine allgemeine Versammlung der im graphischen Gewerbe Beschäftigten beschloß am

24. Januar die Gründung eines graphischen Kartells nach den von den Zentralvorständen ausgearbeiteten Richtlinien. — Am 26. Januar waren 25 Jahre verflossen, seit unter Kollege Johannes Körner den Posten eines Ortskassierers innehat. Aus diesem Anlaß veranstaltete der hiesige Buchdruckerverein eine kleine Feyer, die in allen Teilen einen würdigen Verlauf nahm. Kollege Salomon als Vorsitzender unserer Mitgliedschaft würdigte die Verdienste des Jubilars in eingehender Weise und überreichte ein kleines Geschenk in Gestalt von Trink- und Rauchbarem. Für den Gaudium vorstehend überreichte Kollege Dahn die (Schwerin) eine prächtig ausgeführte Glückwunschadresse, die die Mitgliedschaft des Kartells von Körner der jungen Generation als Beispiel hinstellend. Alle Reden aber glipfeln in dem Wunsche, daß Kollege Körner noch recht lange seinem Posten vorstehen möge. Gelongungsvorträge der „Graphischen Hefenredaktion“ sorgten für die nötige Abwechslung. In den Vorstand wurden für das laufende Jahr u. a. gewählt als Vorsitzender Kollege Georgi und als Kassierer Kollege Körner.

h. Wädensfeld. Unsere Generalversammlung fand am 31. Januar statt. Als Gast war Bezirksvorstehender Lorenz (Sagen) erschienen, der einige dunkle Punkte aus dem Streik im August aufzuklären versuchte. Aus dem Berichte des Vorstandes war zu entnehmen, daß das vergangene Vereinsjahr ein sehr bewegtes war. Bei der vorgenommenen Vorstandswahl wurde infolge Ablehnung einer Wiederwahl der gesamte Vorstand neu gewählt. Als erster Vorsitzender wurde Kollege Julius Hoffmann und als Kassierer Kollege Max Bräuner gewählt. Als Weihnachtsgeschenke sind 142 Mk. an die Frauen der Gefallenen, vermissten und in Gefangenenschaft befindlichen Kollegen verteilt worden. Der Mitgliederbestand beträgt 70. Im Frühjahr begibt der Ortsverein die Feyer seines 25jährigen Bestehens. Die Feuerungszulagen sind reiflos zur Einführung gekommen. Als Delegierte zum Gauwege wurden zwei Kollegen aufgestellt.

Münster i. W. Unsere Generalversammlung am 31. Januar nahm zunächst den Kasienbericht zur Kenntnis. Zu der von der Schriftleitung des „Typograph“ in seiner Nr. 5 unter Münster verfaßten Fälschung, wonach der Gutenbergsbund hier 57 und der Verband etwa 180 Mitglieder zählen soll, sei festgestellt, daß der Gutenbergsbund in Münster nicht einmal 20 Mitglieder hat, unser Ortsverein aber 210 Mitglieder zählt. Auf welche freilich ausgedehnten Bezirk die angeführten 57 Gutenbergsbündler entfallen, wissen wir nicht, bemerken aber, daß unser Bezirk mehr als 300 Mitglieder zu verzeichnen hat. Der selbsterwählte Vorstand wurde insgesamt wiedergewählt. Für Neuanstellungen der Biblische wurden diesjährig 50 Mk. bewilligt. Die Gründung eines Graphischen Kartells wurde beschlossen und dessen Konstituierung ist bereits erfolgt. — Unsere Bezirksversammlung am 8. Februar erbat zunächst das Ansehen eines vorstehenden Bezirkskollegen und des auch in unserm Bezirk in guter Erinnerung stehenden Kollegen Eugen Schöredt (Essen). Vorsitzender Meißner erörterte dann verschiedene sarrliche Angelegenheiten, wobei auch die für Münster und verschiedene weitere Bezirksorte erfolgte Lokalaufschlagsenerhöhung besprochen wurde. Der vom Vorsitzenden und Kassierer gegebene Jahresbericht fand allseitigen Beifall und Zustimmung. Die Bezirkskasse weist einen Kasienbestand von 2169,76 Mk. auf. Der amtierende Vorstand wurde per Abstimmung wiedergewählt. Die Einführung des „Korr.“-Obligationsworts wurde ab 1. April einstimmig beschlossen. Als Kandidaten für die Verbandsgeneralversammlung wurden die Kollegen E. Albrecht (Köln) und B. Meißner (Münster) aufgestellt. Für den Gauweg wurden zwölf Kollegen in Vorschlag gebracht. Eine lebhaft ausgesprochene rief die vom Verbandsvorstande beantragte Unterküßungsregelung hervor; die Versammlung stimmte der hierfür in Aussicht genommenen Beitragserhöhung mit großer Mehrheit zu.

Schwerin. Der Ortsverein „Typographia“ hielt am 19. Januar seine Generalversammlung ab. Der Vorsitzende erstattete den Jahresbericht. Der Mitgliederbestand hat sich fast verdoppelt. Der Kasienbericht schloß mit einem Defizit von 561,97 Mk. ab. Die Einführung der Feuerungszulagen vollzog sich in sämtlichen Betrieben reibungslos. Den Invaliden wurde ein Weihnachtsgeld von 50 Mk. aus der Ortskasse bewilligt und den noch in Kriegsgefangenschaft befindlichen Kollegen Weihnachtspakete überandt. Für die notleidende Wiener Bevölkerung wurden 200 Mk. aus der Ortskasse bewilligt. — Eine am 1. Februar abgehaltene Versammlung beschaffte sich mit den Anträgen zur Generalversammlung des Verbandes. Im allgemeinen wurde der vom Verbandsvorstand vorliegende Entwurf aufgegeben, nur bei dem Antrage betreffs Invalidität die Forderung von 1000 Beiträgen für zu hoch gehalten und beschlossen, dafür 750 Beiträge zu setzen. Ferner wurde ein Antrag angenommen, den Kriegsteilnehmern die Dienstzeit als Beitragswochen für die Invalidenunterstützung anzurechnen. Einem vorliegenden Antrage, bei wichtigen Beschüssen des Bezirksamts Abstimmung der Mitglieder zu verlangen, konnte die Versammlung nicht zustimmen, da sie sich von einer Abstimmung nichts verspricht. — Eine aus den Vorständen der Buchdrucker, Hilfsarbeiter und Steindrucker aufgenommene Versammlung stimmte der Errichtung eines Graphischen Kartells zu.

Trier. Am 1. Februar fand eine außerordentliche Bezirksversammlung statt. Leider war es wegen des außerordentlich eingeengten Sonntagverkehrs über Klombahn nicht allen Kollegen möglich, zu erscheinen. Die Mitteilung des Berichtenden Joseph Arenz, daß für Trier frey aller Bemühungen nur 2 1/2 Proz. Lokalaufschlagsenerhöhung ausgebilligt wurden, rief einen Sturm

der Entrüstung hervor. In der Debatte hierüber kam zum Ausdruck, daß Trier immer fleißiger behandelt wurde. Ihre Anträge seien gänzlich unbeachtet geblieben. Von verschiedenen Rednern wurde dargelegt, daß Trier die teuerste Stadt Deutschlands sei. Das Mindeste, was Trier verlangen müsse, seien 15 Proz. Lokalaufschlag. Auch das sei für unsere Verhältnisse entschieden zu wenig. Die größeren Prinzipale hätten sich schon auf 15 Proz. gefaßt gemacht. Ein Antrag: „Die Veranlagung möge beschließen, alle Geldsundungen, Beiträge usw. an die Hauptkasse vorläufig einzustellen als Protest gegen die Erhöhung des Lokalaufschlags von 10 auf nur 12 1/2 Proz. Dieses ist dem Hauptvorstande mit einem Protest in schriftlicher Form zuzuleiten“, wurde einstimmig angenommen. Aber die Folgen einer derartigen, jeder gewerkschaftlichen Disziplin hohnsprechenden Handlungsweise ist sich die Trierer Kollegen nicht hoffentlich nicht im unklaren geblieben: Sie laufen auf den Selbstauschluß aus der Organisation hinaus. (Red.) Ferner wurde noch eine zweite Resolution gefaßt, in der schärfer Protest eingelegt wird gegen die Erhöhung des Lokalaufschlags von 10 auf nur 12 1/2 Proz. Die Nachbarorte Köln, Saarbrücken, Koblenz, ja sogar kleinere Orte, wie z. B. Wölklingen, St. Ingbert, Brebach, Friedrichstal, Durbweiler usw., ständen jetzt auf 17 1/2—20 Proz., trotzdem erwiesenermaßen fleißiger, daß in allen diesen Städten und Städten viel bessere Lebensbedingungen herrschen als in Trier, das jetzt ein Schieber- und Wucherherd schlimmster Güte ist. Köln steht in bezug auf Fleisch und Wurst usw. 100 Proz. tiefer als Trier. (?) Es sei dieses alles von seinen des jetzigen Vorstandes am Orte den maßgebenden Instanzen mitgeteilt; selbst wenn dieses nicht geschehen wäre, so sprächen doch die Billigkeitsgründe eine deutliche Sprache. Es scheint jedoch Mode geworden zu sein, der Kollegenchaft Triers alles zuzumuten zu können. Die Kollegenchaft Saarbrückens habe z. B. eine einschlechtevolle Prinzipalität, die es sich nicht nehmen ließ, ihren Mitarbeitern zu Ende des alten Jahres zweimal eine hohe Entschädigungssumme zu gewähren, so daß die Kollegen wenigstens von der äußersten Not befreit in das neue Jahr eintraten. In Trier dagegen hätten sich die Prinzipale durch hohe Konventionalstrafen gebunden, ihren Arbeitern auch nur das Mindeste mehr zu geben. Trotzdem haben auch diese Herren ein, daß mit einer Lokalaufschlagsverbesserung von nur 2 1/2 Proz. den Kollegen nicht gedient sei, und sie gaben dieses bei den letzten Verhandlungen auch zu. Die Kollegenchaft sieht sich gezwungen, zu verlangen, daß ein höherer Lokalaufschlagsatz festgesetzt wird. Nach Erledigung verschiedener anderer Punkte fand die Neuwahl des Vorstandes statt. Aus ihr gingen u. a. hervor die Kollegen: Joseph Arenz als Vorsitzender und H. Birt als Kassierer. Die bisherigen Kartelldelegierten wurden wiedergewählt.

Würgburg. Bezirksmaschinenmeisterverein.) Am 1. Februar fand die von hiesigen sowie Schweinitzer und Hühner Kollegen sehr zahlreich besuchte Generalversammlung statt. Bei den Mitgliedern und Kasienbestand ist ein guter zu nennen. Der den Kollegen kommt immer mehr die Einsicht zur Geltung, daß nur der enge Zusammenschluß und die technische Weiterbildung uns auf die Höhe bringen, auf der in jetziger Zeit unbedingt jeder Berufskollege stehen muß, um auch dann entsprechende Forderungen in materieller Hinsicht stellen und vertreten zu können. Deshalb war auch das abgelaufene Jahr reich an Vorträgen und Ausstellungen. Zur Zeit findet noch ein halbjähriger Farbenmischkurs statt, wozu uns in dankenswerter Weise ein Schullokal zur Verfügung gestellt wurde. Die Farben wurden uns in bereitwilligster Weise von der bekannten Firma Horstmann & Steinberg (Sannoer) gratis überlassen, wofür wir an dieser Stelle herzlich danken. Eversich protestiert wieder gegen die Aufstellung von Würgburg als Kreisort neben München. Wir können uns hiermit nicht einverstanden erklären, da wir einen Kreisort für Bayern für vollkommen genügend erachten. Da der erste Vorsitzende eine Wiederwahl aus geschäftlichen Rücksichten ablehnte, so wurde Kollege Weisig einstimmig gewählt. Es sei auch an dieser Stelle dem scheidenden Vorsitzenden Dank ausgesprochen für alle Mühe, die er sich gab, um den Maschinenmeisterverein auf seinen jetzigen Stand zu bringen. Mögen auch die Kollegen unter der neuen Leitung den alten Grundsätzen treu bleiben und die Veranstaltungen immer zahlreich besuchen, dann wird auch der Erfolg nicht ausbleiben. Weiter möchten wir nicht unterlassen, auch dem hiesigen Ortsvereine für den Zuschuß von 150 Mk. zur Beklebung zwecks Abhaltung des Farbenmischkurses unsern Dank auszusprechen.

Wurzen. Aus dem Berichte des Vorsitzenden in der Hauptversammlung war zu entnehmen, daß der Ortsverein mit 19 Mitgliedern in sehr dem höchsten Stand erreicht hat. Wegen der noch absehbenden vier Nichterwählter soll ab ihrer Aufnahmezeit — selbige sind zwischen 53—62 Jahre alt, aber zum Beitritt bereit — bei der Gaudiumverwaltung angefragt werden. Die Feuerungszulagen gingen glatt voran. Kollege Seifert, der das Amt als Vorsitzender und Kartelldelegierter inne hatte, lehnte eine Wiederwahl ab. Auf seine Stelle wurde der im Oktober aus englischer Gefangenenschaft heimgekehrte Kollege Alfred Wittmann gewählt. Dieser nahm die Wahl an unter Abtrennung des Amtes als Gewerkschaftsdelegierter. Für den letzten genannten Posten wurde ein neuer Kollege gewählt. Das Kassieramt und das Schriftführeramt blieben in den Händen der selbigen Inhaber. Es kam noch die Feuerungszulage und die Erhöhung des Lokalaufschlags ab 2. Februar zur Sprache. Beschlossen wurde noch die Abhaltung eines Stiftungsfestes im Kollegentreff.

Bezahlung der Generalfreykage. Aus der Erwägung heraus, daß die verfassungsmäßige Regierung selbst den Generalfreykage proklamiert hat, und daß die Arbeiterchaft im Interesse des weitaus größten Teiles aller Volksgenossen den Kampf gegen die Säckelkassatur der Kapp-Putschisten durchgeföhrt hat, dürfte eine Verlegung des Reichsarbeitsministers entstanden sein, die den Unternehmern die Bezahlung der Streiklage — selber nur empfiehlt. Ein gutes Beispiel für solche Unternehmer, die sich trotzdem weigern, die Streiklage zu bezahlen, gab die Nordostdeutsche Arbeitsgemeinschaft für die Textilindustrie. Sie hat einstimmig beschlossen, alle ihre Mitglieder anzuerkennen, sechs Tage des Generalfreykage mit dem tarifmäßigen Lohne plus Feuerungszulage zu bezahlen. Die Nordostdeutsche Arbeitsgemeinschaft für die Textilindustrie umfaßt die größeren Betriebe von Berlin, die Provinz Brandenburg, mit Ausnahme der Orte, die zur Niederlausitzer Tuchindustrie gehören, sowie Mecklenburg und Pommern.

Zur Einfuhr ausländischer Lebensmittel. Beunruhigenden Meldungen gegenüber wird den „P. N.“ von zuständiger Stelle mitgeteilt, daß die Verhandlungen der Reichsbehörden über die Einfuhr von Lebensmitteln aus dem Auslande, Vieh, Getreide, Fleisch, Fett und Milch, einen zufriedenstellenden Verlauf genommen haben. Allerdings muß bemerkt werden, daß durch die Anruben in Westdeutschland die Verhandlungen über die über Holland einzuführenden Waren außerordentlich erschwert werden. Nicht nur der Bahnverkehr ist sehr unregelmäßig, sondern es muß auch berücksichtigt werden, daß Holland nicht willens ist, die Ausfuhr der Waren zu gestatten, wenn nicht sichersteht, daß die Waren in den Besitz der Empfänger gelangen. Die Einfuhr der gekauften Mengen ist daher davon abhängig, daß so schnell als möglich wieder geordnete Verhältnisse in Westdeutschland herrschen. Gelingt es nicht, das Weltkassens- und Verkehrsleben wieder in geregelte Bahnen zu bringen, so kann auch nicht damit gerechnet werden, daß das Auslande dem Deutschen Reich in der Bemessung der Preise und in den Zahlungsbedingungen bei weiteren Einkäufen von Lebensmitteln entgegenkommen erwilt.

Warenwert und Warenpreis. Aber den Zwischhandel schreibt Professor Gleda in einem Aufsatz in den „Jahrbüchern für Nationalökonomie und Statistik“: „Schon die oberflächliche Beobachtung des Weltkassenslebens belehrt über die sehr unnütze Verteuerung der Waren durch überflüssiges Handeln mit der Ware. Handel ist notwendig, aber er wird doch nur zu leicht von privatwirtschaftlichen Reaktionen überwuchert. In der Routine der praktischen Geschäftswelt ist keineswegs alles auf das Beste besstellt. Wo ein Kleinhändler genigem würde, lassen sich ihrer zehn nieder; der Grundlag, daß die freie Konkurrenz eine unheilvolle Verbilligung der Preise bewirkt, bewährt sich oft nicht. Die zahlreichen Personen, die sich in der vom Produzenten zum Konsumenten führenden Reihe einstellen, wollen alle verdienen. Durch je mehr Hände jedoch die Ware geht, ehe sie zum Verbraucher gelangt, um so teurer wird sie. Es tritt durch diese maßlose Zerstückelung des Kleinhandels und durch seine starke Überheißel ein viel zu hohe Spannung zwischen dem Preise des Erzeugers und demjenigen, den der Verbraucher zahlen muß, ein. Man berechnet ganz allgemein die hieraus entstehende Verteuerung auf 50 Proz., d. h. eine Ware, die der Erzeuger mit 10 Mk. absetzt, muß der Verbraucher mit 15 Mk. bezahlen. Es gibt aber auch Gegenstände, die auf dem Wege vom Erzeuger zum Verbraucher um einige Hundert Prozent verteuert werden. Seltener ist der Fall, daß sie nur 10 oder 20 Proz. verteuert werden.“ So urteilt die Wissenschaft über die Wirkung eines maßlos schlecht aufgebauten Warenverteilungsapparats. Diese Angelegenheit geht die Verbraucher an. Gedankenlosigkeiten stillhalten ist heute weniger als je angebracht. Daß der Apparat anders und besser sein kann, beweist die Arbeit der Konsumgenossenschaften. Jeder Verbraucher sollte deshalb Mitglied des Konsumvereins werden.

Valuta, Revolution und Generalfreykage. In der hiesigen Städtischen Korrespondenz: „Wer bisher noch geglaubt hat, unsere innerpolitische Lage, der Umfang unserer Produktion und die Streiks seien von ausschlaggebender Bedeutung für den Stand unserer Valuta, der muß jetzt endlich eines Besseren belehrt sein. Wir erleben seit dem 13. März eine Revolution, die Deutschland in seinen Grundfesten erschüttert hat, und deren Ende noch nicht abzusehen ist. Unsere Produktion ist seitdem auf einen Bruchteil zusammengeschrunken. Wir hatten einen Generalfreykage, und es werden noch Wochen vergehen, bis wieder so intensiver und regelmäßig gearbeitet werden wird wie vor dem Putsche vom 13. März. Unsere Valuta aber ist von alledem nur wenig berührt worden. Denn unsere Valuta hängt in erster Reihe von dem Stande der Reichsfinanzeng ab. Dieser aber ist durch die Vorränge der jüngsten Verangeneheit wenig geändert worden. Wir vermehren nach wie vor unsere schwappenden Schulden täglich um über hundert Millionen Mark, und wir denken nach wie vor unseren Reichsbedarf fast gar nicht durch Steuern und fast nur durch Pump, d. h. durch Forderungen, die die Reichsbank dem Reiche gewährt. Wird unsere Regierung nun endlich erkennen, daß ein Steigen der Valuta nur durch eine Änderung der Reichsfinanzpolitik zu erzielen ist, und daß wir dem vollständigen Zusammenbruch entgegensehen, wenn nicht unverzüglich durch eine große Vermögensabgabe eine Sanierung unserer Finanzpolitik versucht wird?“

Weiteres zur Situation

IX.

Zur Bekanntmachung des Tarifamts in voriger Nummer

Der Apparat der Tarifgemeinschaft funktioniert wieder. Durch den Abbruch der Verhandlungen des Tarifauschusses am 2. März war er ins Stocken geraten, wäre es zum Streik gekommen, d. h. zu einem Kampf um den legal zustande gekommenen Schiedspruch, hätte die Tarifgemeinschaft schweren Schaden erlitten, wenn nach seiner Beendigung auch da wieder angeknüpft hätte werden müssen, wo die Parteien auseinander geraten waren. Es ist gut so, daß es anders gekommen ist, daß ohne einen allgemeinen Kampf zwischen den Parteien dem Schiedspruch, der doch auf einer mittleren Linie sich hält, Geltung verschafft werden konnte. Der Dank für diese glückliche Wendung gebührt den drei Vorsitzenden des Verbandes, des Guttenbergbundes und der Hilfsarbeiterorganisation — vor allem aber unsern Kollegen Seib, der für die Verbandsleitung dazu die Initiative ergriff —, die mit Herrn Müllers das bekannte und in der Bekanntmachung nochmals wiedergegebene Abereinkommen in die Wege zu setzen vermochten. Der Prinzipalsunterhändler hat unter den durch die Gegenrevolution schwierigen Verbindungsumständen die Zustimmung der Prinzipalstellung doch noch einholen können. Daß den Kapp-Putschisten auch ein gewisses Verdienst an dem Umschwung der Dinge in unserm Gewerbe nicht bestritten werden kann, haben wir bereits am 27. März gesagt. Jetzt hat diese Meinung noch Bestätigung erfahren.

Die Bekanntmachung des Tarifamts rekapituliert den ganzen Hergang und spricht die Befähigung zu dem getroffenen Abkommen aus, das auch die Erledigung der im Tarifauschuss unausgeklärten gebliebenen Arbeiten sowie dessen neue Einberufung zum 10. Mai vorläßt.

Bemerkenswert ist die nochmalige Widerlegung der in der Bekanntmachung der Prinzipalsorganisation (siehe „Zeitschrift“ Nr. 12/13) enthaltenen falschen Bestimmung, daß die Generallistzulage nicht bezahlt werden sollen, indem dieser Passus auch in der Publikation des Tarifamts steht. Es ist ein sehr merkwürdiges Strenum, der da einmal wieder unterlaufen ist. Wenn etwas Derartiges sich nicht durch eine generelle Vorchrift bewerkstelligen läßt, vielmehr der Verständigung überlassen bleiben soll, so kann doch auf keinen Fall ein Verbot daraus gemacht werden! Abgesehen von der Bezahlung der Generallistzulage, die sogleich vielfach bei uns eingetreten ist, andererseits von Unternehmerverbänden, namentlich in der Metallindustrie, in förmlich provozierender Weise abgesehen wird, von den Gewerkschaften Schritte eingeleitet worden, deren Ausgang erst abgewartet werden muß. Die Reichsregierung ist ja auch nicht frei von Verpflichtungen, da die Arbeiter die durch das Militär vertratene Republik geschützt und gerettet haben. Das hat der Gewerkschaftsführer Legien in der Nationalversammlung recht deutlich zum Ausdruck gebracht.

Ein Erfolg der Hilfsarbeiter

Die in der Bekanntmachung des Tarifamts angegebenen Steuerzulagenbefehle belagen, daß die Hilfsarbeiter auf diesem Wege weitergekommen sind, als die Prinzipalstät bei den Verhandlungen in Leipzig am 27./28. Januar zustellen wollte; durch die höhere Bewilligung für Berlin zumal.

Ihren Standpunkt in der Tariffrage mit den Hilfsarbeitern haben die Prinzipale brüskiert schon revidieren müssen. Es wird auch mit dem Reichstagsrat noch so kommen, der bekanntlich durch die Schuld des Deutschen Buchdruckervereins kurz vor seinem Perfektwerden in die Verlesung geraten war.

Die Stellungnahme des Faktorenbundes

zu der drohenden und nun bebenden Streikgefahr war ganz auf Eradition eingeleitet. In einem Artikel zur Lage schrieb es am 13. März in ausnahmsweise großer Schrift:

Die Haltung der Faktorenbund hat aber nur so sein, wie sie bei Lohnkämpfen bisher stets gewesen ist: eine neutrale. Sie wird sich von keiner Seite mit in den Kampf hineinziehen lassen. Die ertliche Streiks, die in letzter Zeit da und dort aufgeklimmt waren, haben für das notwendige Verhalten der Faktoren in betroffenen Betrieben schon eine gewisse Erfahrung gebracht.

Die Dresdner Hauptversammlung habe die alten Richtlinien für Streitfälle erneut festgelegt. Die Faktoren könnten sich demgemäß an Klindlungen der Personale

nicht beteiligen. Sie würden ihre gewohnte Tätigkeit ausüben, die Übernahme von anderer Seite von den Geschäftsleitungen nicht verlangt werden.

Wir hören schon an dem letzten Tage der Tarifauschussverhandlungen, daß in Berlin bereits Faktoren gekündigt worden seien. Die Prinzipale hätten wohl noch viel, wenn nicht alles von den verarbeiteten Begriffen der Faktoreneutralität über den Kaufen geworfen. In andern Druckorten, wo es zum offenen Konflikt gekommen ist, sind andererseits die Faktoren mit den Gehilfen gegangen. Wer die bis zur Stedehöhe gedehnte Erregung in den Faktorenkreisen über das Verlangen der Vertragsgemeinschaft in den letzten Monaten auch nur in der „Graphischen Welt“ verfolgen konnte, der wird gewiß nicht den Eindruck erhalten haben, daß die Mehrheit der Faktoren im Erststadium neutral geblieben wäre. Auch dort hat die Entwicklung, revolutionierend gewirkt. Der Faktorenbund würde nach unser Auffassung in die schwerste innere Krise verwickelt worden sein, wenn es in unserm Gewerbe zur Explosion gekommen wäre.

Die Vorgänge in der Gehilfenschaft seit dem 13. März

Nach Mitteilungen in der Tagespresse ist am 20. März in Barmen zwischen dem Ausschuss des Ortsvereins Wuppertal des Deutschen Buchdruckervereins und den örtlichen Vereinen unseres Verbandes wie des Guttenbergbundes folgende Vereinbarung getroffen worden: 1. Die Prinzipale zahlen von heute ab auf die bisherigen Höhe eine wöchentliche Zulage von 60 Mk. 2. Die politischen Streiklage werden bezahlt unter der Voraussetzung, daß, falls die Stadtverwaltungen von Barmen und Elberfeld die auf die Arbeiter entfallenden Arbeitslosenunterstützungen bezahlen, diese den Prinzipalen zulassen. Die Gehilfen versprechen, sich für die Bezahlung einzusetzen. 3. Für die Zeit vom 1. bis 13. März erhalten die Gehilfen 110 Mk. nachgezahlt, und zwar in wöchentlichen Raten, deren Höhe der Vereinbarung zwischen Prinzipal und Gehilfen vorkatholisch bleibt, jedoch die Zahl 4 nicht übersteigen soll. 4. Die seit Freitag, dem 19. März, an der täglichen Arbeitszeit von acht Stunden fehlenden Stunden sind nachzuarbeiten, soweit die Gehilfenschaft an der Arbeit nicht gewaltsam gehindert war. Die Regelung soll in den einzelnen Betrieben zwischen den Vertrauensleuten und den Prinzipalen erfolgen. Die Prinzipalvertreter erklärten, daß sie diesen Vereinbarungen nur unter dem Druck der Verbände zustimmten.

In Brandenburg kam es in den Tagen der Gewaltherrschaft der Kapp-Putschisten in mehreren Druckereien zu vandallischen Zerstörungen durch die Soldateska. In geradegerad sinnvoller Weise wurde von einer Abteilung des Detachements Potsdam die Buchdruckeri Meyerheim zerstört. Am Abend des 17. März, nach der Ausgabe von Grafblättern, die unter militärischer „Ehrenwache“ im Betriebe der „Brandenburger Zeitung“ gesetzt und unbemerkt zum Druck in die Druckerei Meyerheim gebracht waren, erlitten plötzlich eine größere Abteilung der meuternden Reichswehr unter Führung von zwei Offizieren in letzterem Betriebe zur Hauszucht. Nach Verhaftung des Inhabers, zweier Familienangehörigen und eines anwesenden Druckers wurde der gesamte Maschinenpark durch Verwendung von Sandgranaten in einen Trümmerhaufen verwandelt. Drei Schneidpressen, zwei Ziegeldruckpressen, eine Galvanmaschine, eine Heilmaschine und eine Stanze wurden total zerstört. Die angerichtete Verwüstung genügte jedoch offenbar einem zerfurchungswilligen Offizier nicht, weshalb er mit einem Besatz höchst eigenhändig das Zerfurchungswerk vollendete. Der angerichtete Schaden ist sehr beträchtlich. Obendrein stehen sich die Meuterer noch 15000 Mk. als Kaution für die Einlösung der Verhafteten zahlen. Vielfacher Schaden wurde auch in der Druckerei der „Brandenburger Zeitung“, dem sozialdemokratischen Organ, angerichtet durch die militärische Einquartierung. In einer Schilderung des Blattes heißt es darüber: „Der Schaden, den unsre Firma, Angestellte, das technische und Redaktionspersonal durch die Besetzung erlitten haben, ist beträchtlich. Es waren Räuber, die in unserm Hause gehaust haben. Man hat nichts geschont, weder die Stimmelpfelle unser Redakteure, noch die Hilfskassen unserer Leser.“

Die Kollegenschaft Düsseldorf hatte schon im Februar neue Lohnforderungen (60 Mk. wöchentlich) gestellt, sie unterließ es jedoch, ertlich vorzugehen mit Rücksicht auf die damals bevorstehende Einberufung des Tarifauschusses. Wie ein Blitz aus heltem Himmel schlug in den ersten Märztagen die Nachricht von dem Abbruch der Tarifverhandlungen ein. Bericht wurde die Lage noch dadurch, daß eine Prinzipalversammlung des Streikes II in Köln sich hinter ihre Leipziger Zentrale stellte und die Sabotage der Prinzipalität guthieß. Eine starkbesuchte Versammlung am 7. März beschloß einstimmig, der Prinzipalität die alle Forderung nach Erhöhung des Lohnes um 60 Mk. ab 1. März vorzulegen, die bis zum 9. März bewilligt sein sollte. Das famose Schuß- und Truhbündnis verhinderte die einschlägigen Prinzipale am Zahlen und so

trat am 9. März die gesamte Kollegenschaft, mit Ausnahme der in den sozialistischen Betrieben Beschäftigten, einstimmig in den Streik. (Die Arbeiterleistungen hatten die Forderungen bewilligt und die betreffenden Kollegen führten die neue Zulage reiflos an die Streikkasse ab.) Durch Veröffentlichungen in den Zeitungen erwarben wir schnell die Sympathie aller, jedoch die Antipathie der Prinzipalität, welche ersich in hilfloser Unterwerfung der übrigen Organisationsausdrücke, die noch größer gewesen, wenn nicht der politische Generallist dazuwischen gekommen wäre. Auch nach Beendigung dieses letzte sich der Streik in voller Schärfe fort, der am 26. März zu dem Ergebnisse führte, daß ab 1. März 70 Mk. wöchentliche Zulage und die Generallistzulage voll bezahlt wird. Die Kollegenschaft legte eine bewundernswerte Disziplin während dieser Zeit an den Tag. Es herrschte eine Einmütigkeit, wie sie lange nicht mehr zu verzeichnen war; daher auch der Erfolg.

Ein Teil der Kollegen Elbings befindet sich im Auslande.

In Kattowitz, Myslowitz und Baurahütte ist am 17. März die Gehilfenschaft wegen britischer Ablehnung des Schiedspruchs in den Streik eingetreten. Infolge der besonderen Verhältnisse im dortigen besetzten Gebiete wurden 55 Mk. wöchentlich mit Rückwirkung ab 1. März gefordert.

Die Kölnner Mitgliebschaft stimmte, nachdem der Vorsitzende in einer markigen, mit klirrendem Beifall aufgenommenen Ansprache die Grenzfall der Berliner Putschisten geahndet hatte, mit Beglückung dem Entschluß der übrigen Arbeiterkassen Kölns zu, daß am Montag, dem 15. März, ab 10 Uhr vormittags, alle Betriebe durch Profeststreik stillzulegen seien. In musterghilliger Ordnung zogen Hunderttausende von Arbeitern hinaus zu dem Sammelplatze der Kölnner Arbeiterkassen, darunter in geschlossenem Zuge die Buchdrucker. Eine sehr imposant verlaufene Bezirksversammlung in Köln nahm am 14. März Stellung zur gewerblichen Situation. Mit Empörung nahmen die Verammelten Kenntnis von dem sogenannten Ultimatum der Unternehmer, daß, wenn bis Donnerstag nachmittags 7 Uhr in den betroffenen Orten Düsseldorf, Düren, Erzier usw. die Arbeit nicht aufgenommen sei, im ganzen Streik II in der nächsten Woche die Steuerzulage von Dezember nicht mehr zur Auszahlung gelange, da diese von der Vertragstreue der Gehilfen abhängig gemacht worden sei. Man nahm auch ferner die Mitteilung entgegen, daß sich die Verhandlungen beim Reichsarbeitsministerium zerklüftet haben. Zwei Anträge waren eingelaufen, die eine weitere, sich dringend notwendig machende Lohnaufbesserung für Köln forderten. Die Diskussion zeitigte das Ergebnis, daß man einem weiteren Antrage zustimme, die einschlägigen Schritte in der Lohnfrage so lange zurückzustellen, bis die Bauvorkehrungskonferenz in Berlin das entscheidende Wort gesprochen habe. (Diese Sitzung wurde infolge des politischen Pulses der Kapp und Genossen bekanntlich unmöglich. Red.) Mitarbeiter haben die Prinzipale des Streikes II ein erneutes Rundschreiben erscheinen lassen, in dem von dem angeordneten Entzug der Dezemberzulage „einstweilen“ Abstand genommen wird.

In Ergänzung unserer Mitteilung in voriger Nummer aus dem „Vollstohfen“ bringen wir heute noch eine uns aus Köln eich direkt zugegangene Schilderung des Verlaufs der eingeleiteten Aktion zur Durchführung des Schiedspruchs. Eine Versammlung am Montagvormittag (15. März) nahm den Bericht der einzelnen Delegationen entgegen. Abermals verdrängten sich die Prinzipale hinter ihrer Organisation. Alle Betriebe mußten an diesem Vormittag vollständig, auch die Nichtmitgliebsbetriebe, geschlossen die Arbeit nieder. Am Mittag wurde seitens der Prinzipale um Verhandlungen nachgesucht und von der Gehilfenschaft eine Kommission hiermit beauftragt. Nach zweifelhafte Verhandlung einigte man sich auf nachfolgender Grundzulage: 50 Mk. für Verheiratete, 45 Mk. für Ledige, ohne Anrechnung der Karloffelzulage, zahlbar ab nächstem Lohnstag. Von der ausgefallenen Arbeitszeit sind vier Stunden nachzubolen. Mahreglungen finden nicht statt. Anerkennung des Tarifstreiks seitens der Gehilfen unter dem Zwange der wirtschaftlichen Notlage. Dieses Abkommen gilt mit 14tägiger Kündigungsfrist bis zur Wiedereinführung einer allgemein gültigen Abmachung zwischen den Zentralinstanzen. Eine am Nachmittags stattfindende Versammlung nahm den Bericht der Verhandlungskommission entgegen und stimmte der Vereinbarung gegen drei Stimmen zu. Sofort wurde dann nachmittags 5 Uhr die Arbeit wieder aufgenommen und die Zeitungen erschienen am Dienstagmorgen wieder. Das sozialdemokratische Organ bewilligte die Gehilfenforderungen bereits am Montagmorgen und konnte infolgedessen in geringerer Umfang zu richtiger Zeit erscheinen.

In Magdeburg trat die Kollegenschaft schon am 13. März, mittags 1 Uhr, in den Generallist. Am 18. März wurde einem Wünsche des stellvertretenden Oberpräsidenten Rechnung getragen und durch Verfügungstellung von je fünf Kollegen für jeden Zeitungsbetrieb die Herausgabe von Grafblättern informativischen Charakters ermöglicht. Die Verleger machten grobe Situationsberichte daraus. Die Arbeiterkassen begreift deswegen

auf. Der Preisvereinbarung diente nun den Zeitungs-Verlegern mit Entziehung aller Hoffnungsstrahlen. Ein von ihnen gemeinsam herausgegebenes „Magdeburger Mitteilungsblatt“ blieb eine Eintagsfliege. In einer Mitgliederversammlung wurde dann beschlossen, von den Prinzipalen die Anerkennung des Schiedspruchs zu fordern. Der Sozialrat beauftragte den Stadtrat Professor Landberg, Einigungsverhandlungen herbeizuführen am 19. März. Die Prinzipale und Zeitungsverleger einerseits, die Vorstände der Buchdrucker, Hilfsarbeiter und Buchbinder andererseits vereinbarten für die Buchdrucker (die anderen Gruppen bleiben aus Ruhezustand) für die ersten drei Lohnwochen vom Tage der Wiedereinstellung der Betriebe (20. März) 40 Mk., für die vierte Lohnwoche 50 Mk., für die fünfte und sechste Lohnwoche 60 Mk. einschließlich Brot- und Kartoffelzulage. Innerhalb dieser 5 Mk. weniger. Dieses Abkommen tritt durch etwaige anderweitige Vereinbarungen im Tarifauschuss oder mit der Verbindlichkeits-Erklärung des Schiedspruchs außer Kraft. Die Erhöhung des Lohnzuschlags soll baldigt geregelt werden.

Preßestimmen gegen die Gehilfenschaft

Es ist noch vieles zu verzeichnen gewesen von dem, was wir am 11. März bereits die übliche Belcherung der Buchdrucker in Konfliktzonen nannten und worin wir eben allen andern Arbeitern gegenüber im Nachteil sind. Hier soll nur einiges zu dem in Nr. 29 Gesagten hinzugefügt werden.

Das „Börseblatt“ für den Deutschen Buchhandel“ schrieb am 8. März nach einer Schilderung über den Verlauf der Tarifausführung: „Die vielen wilden Streiks der Buchdruckergehilfen, die sich in den letzten Monaten in den verschiedensten Städten des Reiches ereigneten, haben aber den Beweis erbracht, daß die Lösung von der Tarifgemeinschaft und die tarifliche Vertragsfreiheit bei einem großen Teile der Gehilfenschaft völlig geschwunden ist. Nach Abbruch der Verhandlungen im Tarifauschuss haben die Gehilfen denn auch offen erklärt, daß sie sich nunmehr durch einseitiges Vorgehen unter Hintweglassung über die bisherige tarifliche Ordnung dasjenige zu erkämpfen suchen werden, was im Wege gegenseitiger Verständigung nicht erreicht worden sei.“ Es wäre richtiger gewesen von „Börseblatt“, wenn es offen gesagt hätte, daß die durch die Prinzipalsverletzung geschaffene Situation den Willkür der Buchverleger durchaus entsprach, und daß auf deren Bestand in vollem Maße gerechnet werden konnte. Die „vielen wilden Streiks“ haben sich hauptsächlich in Rheinland-Westfalen abgespielt. Ganz außerordentliche Verhältnisse waren der Beweggrund dafür, was sich auch aus den Schiedsprüchen der angerufenen Schlichtungsausschüsse ergibt, die höhere Bemittelungen auszusprechen, als sie der Schlichtungsausschuss des Reichsarbeitsministeriums empfahl. Die Lösung von der Tarifgemeinschaft und die Wahrung der tariflichen Vertragsfreiheit ist bei dem weitaus größten Teile der Gehilfenschaft völlig intakt. Auf Prinzipalsseite aber haben Funktionäre verschiedenlich Anweisungen ergeben lassen — bei der Matzulage sowie bei der Brot- und Kartoffelzulage —, besondere Vereinbarungen mit ihren Personalen zu treffen, d. h. weniger zu bezahlen, als der Tarifauschuss beschloß, bei der Brot- und Kartoffelzulage sie überhaupt nicht zu bezahlen. „Einseitiges Vorgehen unter Hintweglassung über die bisherige tarifliche Ordnung“ ist von der Gehilfenschaft in keinem Betracht proklamiert worden. Das „Börseblatt“ hat mit seinen Schlussbemerkungen noch ärger daneben gebaut.

In der „Papierzeitung“ ist mit wenigen Worten abänderungen der gleiche Artikel zu finden; er trägt das Signum N. Die „Papierzeitung“ kann unser Urteil über das „Börseblatt“ auch auf sich beziehen.

Die in München erscheinende Zeitschrift „Handel und Industrie“ betrieb am 20. März durch ein Extrablatt regelrechte Buchdruckerbeize. In den wenigen Zeilen wird gesagt, der Generalfreiherr sei zwar zu Ende, die Buchdrucker führten aber einen Rohstoffstreik weiter, „um die Annahme ihrer unerfüllbaren Forderungen (70 Mk. mehr in der Woche) zu erzwingen“. Wenn gegen die Buchdrucker eingeschloß werden soll, dann nur gründlich, sonst geht es schließlich nicht. Aber die Vorgänge in München ist in Nr. 35 an dieser Stelle berichtet worden. Durch den nachfolgenden Ablass kann der faulstidige Schwindel mit den 70 Mk. gleich mit widerlegt sein. Den Stoffseiger: „Endlich muß doch einmal die Zeit kommen, da die durch Demagogon irreführende Arbeiterchaft zu sich kommt“ usw., kann man begreiflich finden von solchen Leuten, aber die Arbeiterchaft weiß jetzt viel besser als früher, wo die ihnen so gefährlichen Demagogen zu suchen sind.

Der „Berliner Lokalanzeiger“ haben wir schon einmal auf dem Schwimmbad erlapp. Am 9. März brachte er in der Abendausgabe wieder eine Notiz über die Buchdruckerbewegung, an der nur in einem Punkt etwas auszuweisen ist, das allerdings ganz gehörig. Es wurde da gesagt, daß nach Erklärung der Arbeitnehmerorganisation „eine Reihe von Buchdruckereien den neuen Schiedspruch anerkennen und rückwirkend vom 1. März den geforderten Zuschlag von 60 Proz. zu zahlen bereit ist“. Die Gehilfenschaft wäre gewiß froh, wenn das zutreffend sein würde. Aber der Schiedspruch billigt ihr

ab 1. März nur eine Erhöhung (nach oben abgerundet) von 8 Proz. zu, die ab 15. März auf 24 Proz. und ab 15. April dann auf 40 Proz. ansteigt. In vier Wochen also, mit der dritten Rate, bleiben die Buchdrucker noch um 20 Proz. gegen den ihnen vom „Berliner Lokalanzeiger“ angepöbelten Lohnzuschlag zurück! Dabei haben wir lediglich Berlin und die Verheirateten im Auge, also die höchsten Söhne.

„Germania“, „Deutsche Tageszeitung“ und „Post“ brachten es fertig, in Anbetracht des Umstandes, daß insolge des Bremer Streiks die bürgerlichen Blätter nicht erscheinen, oder aus reaktionärer Großartigkeit heraus die rein wirtschaftliche Bewegung der Buchdrucker zu einer politischen zu Kesseln. Als der Berliner Gauvorstand im „Vorwärts“ und in der „Freiheit“ energisch dagegen Stellung nahm und erklärte, wenn weiter derartige grobe Unwahrheiten in die Öffentlichkeit gebracht werden sollten, dann würden die Gehilfen, „die bei sonstigen politischen und wirtschaftlichen Vorgängen nie auf den Inhalt der von ihnen hergestellten Zeitungen Einfluß nehmen, in diesen sie selbst berührenden Fragen es zu verhindern wissen“, da gab es ein lautes Hallo. Die „Deutsche Tageszeitung“ brachte am 13. März einen großen Artikel dagegen unter der Überschrift: „Ein Anschlag auf die Pressefreiheit“. Am folgenden Tage aber noch wurde dieses Blatt für zwei Tage Organ der Stapp-Rußwölfe-Kriegler, während alle demokratischen und sozialdemokratischen Zeitungen verboten wurden. Damit war allerdings der Anschlag auf die Pressefreiheit zur Tatsache geworden!

Die neue Druckpreiserhöhung

Die Bekanntmachung des Tarifamts in der vorigen Nummer gibt auch Aufschluß über die von neuem notwendig gemordene Preisfestsetzung. Es ist die zweite in diesem Jahr und die zwölfte seit Eintritt der nur kräftig zu vermissenden Verteuerung. Am 6. Februar hat bekanntlich die Prinzipalität beim Tarifamt einen außerordentlichen Steuerungsanschlag (um 25 Proz.) durchgeleitet, weil vom Januar an der laute Weltmarktpreisverleger zu komplimenten Berücksichtigung auf dem ganzen Preisgebiete geführt hatte. Darüber sollte es nicht verderblich auf dem Prinzipaltheater wie Ende Februar im Tarifauschuss ob der nicht so tief eingetretenen Gehilfenforderungen. Mit der bei unsern Unternehmern vielmehr gewohnten quälischen Eleganz war die Sache erledigt durch die beim Tarifamt durchgeleitete Erkenntnis, daß man nicht anders könne, als dem dringenden Ansuchen stattzugeben. Wir nahmen an, daß die in sehr großem Umfang am 1. Februar eingetretenen Lohnzuschlags-Erhöhungen, sowie eine durch die in wahrhaftigem Tempo fortschreitende Geldentwertung und Preisverdrängung wohl gerechtfertigte frühere Erhöhung der Steuerungszulage Nr. 11 beträchtlich mit eingerechnet waren bei dieser neuen Preisfestsetzung. Auch die Brot- und Kartoffelzulage dürfte dabei nicht ganz spurlos gewesen sein, wemgleich nur die neue Anschlagsteuer als Extraordinarium angegeben war. In der Tarifauschussführung merkte man jedoch, daß es mit dem Vorkühlen gar nichts war; daß es aber Sünde sein sollte, mit der glühender werdenden Lebensnot nicht bis zum pünktlichen Abschlag am 31. März um Mitternacht fertig werden zu können. Ja, was von der Lebenskunst der Gehilfen nicht alles verlangt wird!

Die neue Preiserhöhung erfolgte zum zweitenmal in diesem Jahre durch das Tarifamt auf Prinzipalanspruch. Materialverteuerung ist diesmal (mit Ausnahme für Selbstverleger wegen der noch weiter gestiegenen Papierpreise) nicht der springende Punkt gewesen, weil nach dieser Seite mit dem Beschluß vom 6. Februar gleich etwas vorgeleitet wurde. Die mit den Steuerungsulagen zeitlich konform gehenden neuen Preiserhöhungen stellen also in der Hauptsache das den Gehilfen, Hilfsarbeitern, Nebenberufen, Angestellten, Faktoren usw. zu gewährenden Mehr an Lohn und Gehalt sowie eigenem Verdienste dar. Unsere Vertreter im Tarifamt werden die Forderung der Prinzipale zwar genau geprüft, aber sie werden nicht mit der Hartnäckigkeit erklärt haben wie die Prinzipale im Tarifauschuss den Gehilfenvertretern gegenüber im umgekehrten Falle: Wir erkennen die Berechtigung Ihrer Forderungen wohl an, aber wir sind außerstande, ihnen zuzustimmen, weil die Preiserhöhungen im Februar und jetzt auf den Beschäftigungsgrad eine solche Rückwirkung nehmen können, daß die Arbeitslosigkeit unter den Gehilfen starke Zunahme erfahren wird. Sie haben auch jedenfalls nicht das große Bemühen an den Tag gelegt, was wir bei den Prinzipalen fast immer sehen: möglichst viel Differenzierungen und Staffelnungen, sondern stehen es bei der alten Einheitslichkeit der Preisanschläge, die sich lediglich nach der Art der Arbeit unterscheiden. Unstreitig haben die Prinzipale in dieser Beziehung eine glücklichere Position wie die fordernden Gehilfen. Allerdings kann man ihren Einwand, daß mit der Festsetzung von Druckpreiserhöhungen diese noch lange nicht in dem Maße durchgeleitet sind wie die Steuerungsulagen der Gehilfen, nicht einfach in den Wind schlagen. Aber das gehört nicht zum Prinzipaltellen.

Wenn man sich die Sache genau betrachtet, haben ja beide Teile nicht groß etwas gewonnen mit den Steuerungsulagen und den Druckpreiserhöhungen. Es ergibt sich das als unentzerrbares Schicksal aus den Zwangs-Kontingenzen unserer total heruntergekommenen Wirtschaft. Bei Nichtbelegen fährt aber das Unternehmertum, auch das un'ige, bei dieser verheerenden Wirtschaftspolitik doch noch besser als der Arbeiter, dessen Verdienst trotz der nominell hohen Lohnsteigerungen prozentual eher abnimmt, während der Unternehmerdienst durch die prozentualen Preisanschläge im Verhältnis eine bessere Kurve zeigt. Es hat in Verlegerkreisen die Meinung ziemlich Ausbreitung, daß unter Prinzipale sogar ein gutes Geschäft machen bei der Methode ihrer Aufschlagsberechnungen. Ein in Nr. 11/12 Jahrg. 1919 von „Seidels Reklame“ erschienener größerer Artikel bringt das teils zu hartem, aber nicht immer logisch richtigem Ausdruck. Bei solchen Presseausstellungen ist der Standpunkt des andern Interessenten ja nicht zu übersehen, und wir wissen es eigentlich schon von 1848 an, mehr aber seit dem Leipziger Streik 1865, seit der großen Prinzipal Niederlage 1873, seit unsern dann 1892 und zuletzt von verschiedenen Steuerungsulagenbewegungen seit 1916, wie der sich im Besonderen von den Buchverlegern stark geltend gemacht hat und den Prinzipalen wenig, den Gehilfen aber gleich gar nichts gönnt. Mag wohl manches auch in der Preispolitik der Prinzipale nicht unbestritten sein, die durch den Druckpreistarif an sich — gegen den trotz der sehr schwierigen Produktionszeit noch häufig verstoßen wird — angelegte und in weitem Maße erreichte Behämpfung der Schmutzhonkurrenz liegt durchaus auch im Interesse der Gehilfen. Eine Zügellosigkeit in der Preisbildung ist durch die Einbeziehung in die Tarifgemeinschaft auch eher zu verhindern als in andern Gewerben, wo den Unternehmern völlig freie Hand gelassen ist, die Verkaufspreise aufzustellen. Die Arbeiterchaft muß sich mehr darum kümmern und nicht allein sich mit der Durchsetzung höherer Lohnforderungen bescheiden. Denn die aus der Verteuerung doch einmal folgende Arbeitslosigkeit in breiter Ausdehnung kann schließlich ein größeres Übel werden als die etwa nicht in genügendem Maße den Steuerungsverhältnissen entsprechende Lohnbemessung. Die Druckpreiserhöhungen in diesem Jahr im Verein mit der enorm gestiegenen Höhe der Papiernot und der Papierpreise werden uns noch schwer zu schaffen machen.

Konventionen aus dem Prinzipalstager zu dem Umschwunge der Dinge

Säßen wir den Raum, den wir nicht haben, zur Verfügung, dann könnte viel mehr gesagt werden nach der Prinzipalrichtung hin. Wir müssen also ganz wichtige Sachen übergehen.

Die „Zeitschrift“ hatte in einem Leitartikel am 12. März noch große Töne angeschlagen. Sie erkannte die von der Gehilfenschaft im großen und ganzen beobachtete Ruhe an, meinte aber etwas irrtümlich, das sei ja auch erklärlich, denn die tariflichen Abmachungen würden von der Prinzipalität bis zum 31. März beachtet werden. Es kann der „Zeitschrift“ gesagt werden, daß die Stellung „Gewehr bei Fuß“ für die Gehilfenschaft nicht vom 31. März abhängig gemacht worden wäre, die Prinzipale haben ja nur bis zum 6. Februar zu warten vermocht, dann erreichen sie wegen der sprunghaft steigenden Materialpreise einen neuen ansehnlichen Zuschlag. Der auch recht merkwürdige Irrtum, die Brot- und Kartoffelzulage nicht von der neuen Steuerungsulage in Abzug zu bringen, wodurch diese stets um 10 Mk. höher erscheint, ist schon in einer früheren Nummer gebührend herangezogen worden. Die aus den Kleinigkeiten kommenden Proteste und Errohungen mit Ausstrickserklärungen wurden breiter behandelt und sind ja auch gar nicht so vereinzelte Zeiterklärungen. Die Gewährung der Brot- und Kartoffelzulage auch dort, wo die Ernährungsschwierigkeiten doch nicht so grob seien wie in den Haupt- oder auch in mittleren Druckereien, habe böses Blut gemacht. Die Sätze des Schiedspruchs müßten reduziert werden, wenn noch eine Verständigung möglich sein sollte, sonst würde die Prinzipalität in vollster Einmütigkeit alle sich ergebenden Konsequenzen fragen und schulter an schulter durchhalten auch mit den Zeitungsverlegern, die sich zu solidarischen Handelt bereit erklärt hätten. Man stelle aber auch nicht unter den Scheffel, was man sonst noch auf dem Herzen hatte, und das war nicht wenig:

Sodann darf unter keinen Umständen außer acht gelassen werden, daß jede Erhöhung der Steuerungsulagen aufs engste verknüpft sein muß mit einer Neuordnung der Ferienfrage, der 25prozentigen Entschädigung bei Verkürzung der Arbeitszeit und mit einer Neuordnung der Überstundenleistung. Mit der Bewilligung neuer Steuerungsulagen muß die zuverlässige Verpflichtung der Gehilfen verbunden sein, durch Mehrleistungen einen Ausgleich herbeizuführen und nicht allzu stark auf dem Boden des achtfünftigen Arbeitslages zu stehen. Beispielsweise müssen vor allen Dingen solche Betriebe Berücksichtigung finden, die aus räumlichen Rücksichten ihren Maschinenpark nicht ausdehnen können, zumal Neu- bzw. Umbauten jetzt so gut wie ausgeschlossen sind.

Die riesige Belastung, mit der die Betriebe infolge der hohen Löhne und der Verteuerung aller Materialien usw. zu rechnen haben, muß ein Gleichgewicht vor allem in der Ausdehnung der Arbeitszeit erfahren.

Die nachfolgende Doppelseite des Prinzipalsorgans (26. März) brachte dann zunächst durch den großen Aufbruch des Hauptvorstandes der Prinzipalsorganisation die völlig anders gewordene Situation zum Ausdruck. Es heißt darin unter Bezugnahme auf den politischen Generallstreik:

Die meisten Zeitungen waren am Erscheinen verhindert, was in dieser Zeit der politischen Wirren und des Bürgerkriegs in allen Teilen des Deutschen Reiches vom Publikum außerordentlich schwer empfunden wurde. Es mußte daher nach Möglichkeit dafür Sorge getragen werden, daß die bestehenden gewerblichen Schwierigkeiten befristet und dem regelmäßigen Wiederaufleben der Zeitungen wenigstens von dieser Seite keine Hindernisse mehr bereitet wurden. Zahlreiche Zeitungsverleger haben sich dielerhalb entschlossen, den Schiedspruch des Schlichtungsausschusses des Reichsarbeitsministeriums anzuerkennen, um ihre Betriebe aufrechtzuerhalten oder wieder in Gang zu bringen. Dadurch ist aber eine einseitliche und geschlossene Abwehr der aus dem Schiedspruch von der Buchdrucker-Gewerkschaft geltend gemachten Forderungen unmöglich geworden, und es werden sich nun auch die übrigen Buchdrucker zu einer Verständigung mit ihrer Gewerkschaft entschließen müssen. Die Zeitungsverleger haben also den Bann gebrochen, und Kapp-Lüftwig waren die Urheber dieses Umschwunges. Diese so kurzzeitigen Helben trugen in die Gewerkschaft einen Geist hinein, der in dieser Ausbreitung und Stärke vor dem 13. März nicht vorhanden gewesen ist. Religiös heißt es nach der Wiedergabe des bekannten Abkommens Allstein-Seitz:

Obwohl wir noch unsern Kenntnis der gewerblichen Verhältnisse davon überzeugt sind, daß zahlreiche Betriebe die mit dieser Vereinbarung verbundene fortschreitende Mehraufwendung an Löhnen nicht mehr aufzubringen vermögen, weil sich die Aufträge infolge der notwendig werdenden Preissteigerung noch mehr verringern werden, als es bisher schon der Fall war, empfehlen wir den tarifstreuen Buchdruckereien Deutschlands dennoch, sich unter Berücksichtigung der außerordentlich erregten und verworrenen politischen Verhältnisse nach Möglichkeit mit der zu übernehmenden Mehrbelastung abzufinden.

Die notwendig werdenden Mehraufwendungen für Papier und alle Materialien vermögen demnach die Prinzipale auch weiter aufzubringen. Eine eigenartige Logik!

Die „Zeitschrift“ legt sich in dem begleitenden Artikel mit sich selbst in Widerspruch, denn im Gegensatz zu der in der vorausgehenden Nummer von ihr gebrauchten Behauptung: „Man ist gewillt, durchzuhalten, und zwar Schulter an Schulter mit den Zeitungsverlegern; die sich in einem solidarischen Handeln überall bereit erklärt haben“, sagt sie nunmehr:

Die Zeitungsverleger, namentlich die größeren Tageszeitungen, haben von vorn herein vor der Unmöglichkeit gestanden, sich mit den übrigen Kollegen des Buchdruckergewerbes bezüglich der Fällung des Schiedspruchs gegenüber-solidarisch zu erklären. Sie mußten die Forderungen der Gewerkschaften, um erscheinen zu können, sobald ihnen dies nur möglich war.

Der letzte Satz steht in Zusammenhang mit dem Generallstreik. Was das Prinzipalsorgan im ersten Satz, war immer die Forderung der Gewerkschaften; sie hat nicht getrogen. Die „Zeitschrift“ aber bewegte sich wieder einmal in einem schweren Irrtum. Was sie sonst noch den Gewerkschaften über das dicke Ende glaubt bedeuten zu müssen, kann durch untreue Ausführungen zum Abschnitt über die Druckpreis-erhöhungen als erledigt oder widerlegt gelten. Der Umstand, daß uns jetzt mehrfach gemeldet worden ist, gerade die kleinen Druckereien wären am ehesten bewilligungsbereit gewesen (siehe auch unter Dantsig in voriger Nummer) bezeugt, wie bedenklich es in unserm Gewerbe ist, zu generalisieren.

In den „Mitteilungen“ des Kreisles Bayern beschwört ein anscheinend wohlmeinender Prinzipal seine Kollegen, nicht aus dem Deutschen Buchdruckerverein und nicht aus der Tarifgemeinschaft auszutreten; es solle doch niemand glauben, die Gewerkschaften würden einen bayerischen Tarif mitmachen oder gar zu unfairen Löhnen oder Bedingungen arbeiten. Das Geldgeheim „Los von Berlin“ und „Los von der Tarifgemeinschaft“ ist tatsächlich in den letzten Monaten in Bayern immer stärker geworden, so ausdieslos es auch ist, weil die Gewerkschaften wie ein Mann gegen solche auf Verschlechterung ausgehenden Separationsgelüste aufstehen würden. Der bayerische Prinzipal bestreift noch unumwunden, daß die in Berlin ausgebrochene Gegenrevolution wenigstens unserer Bewegung, die Kapp-Lüftwig laut der in einer Berliner Veranstaltung abgegebenen Erklärung sogar fördern wollten, nicht geschadet hat:

Der unglückliche Berliner Aufstand kaufte gänzlich unvorhergesehene politische Verhältnisse und kam den Gewerkschaften in ihrem wirtschaftlichen Streik sehr zustatten, während er den Prinzipalen alle Vorbereitungen zur Durchführung des Streiks, wenn auch nicht an sich durchkreuzte und undurchführbar machte, so doch je moralisch und aus vaterländischen Interessen zwang, den Streik zu beenden.

So haben sich also die Dinge gewandelt seit dem 12. März, wo die Prinzipale auch vor dem Reichsarbeitsminister nicht eintreten wollten. Ihrer Kurzsichtigkeit ist der Lohn nicht ausgeliefert!

Die Haltung der Zeitungsverleger

Ist nach diesen Ausführungen schon so geklärt worden, daß fast nichts mehr zu sagen bleibt. Wir haben gewußt, daß in der maßvollen Leistung der Zeitungsverlegerorganisation die Überzeugung von der Notwendigkeit der Schiedspruchsablehnung seitens der Prinzipalsvertretung im Tarifausschuss nicht durchzubringen vermocht hat. Das ist ja nun von der „Zeitschrift“ selbst bekräftigt worden. Man konnte aber auch nicht ohne weiteres in Gegensatz zu jener schroffen Stellungnahme treten, die nicht zum letzten durch die Überbringerorganisation der Prinzipale und Zeitungsverleger heraufbeschworen worden ist, deren Vorkämpfer (Allstein) schließlich den Friedensunterhändler in allerletzter Minute abgeben mußte.

Der „Zeitungsverleger“ hat sich nur kurz und referiert in einer Notiz „Die Kritik der Tarifgemeinschaft“ zur Sache geäußert, von einer überaus ernstlichen Situation gesprochen, allerdings aus Gehässigkeit, die Gewerkschaften hätte mit der Anrufung des Reichsarbeitsministeriums den Tarifinstanzweg verlassen. Das ist nicht zutreffend. Die Gewerkschaften wollten sich nicht beugen, daß bei dem Verlegen der Prinzipalsvertretung dieser Weg noch bestritten werden mußte, um der Öffentlichkeit zu beweisen, daß unterseits kein Mittel unversucht blieb, eine Benachteiligung des Publikums durch Stilllegung der Presse und der Druckereien fernzuhalten.

Notlage des Verlegers und Druckers eines kleinen Arbeiterblattes

Aus Oberlangenbleich (Schl.) erhalten wir von dem Prinzipal Franz Pels, der 38 Jahre Verbandsmitglied ist, eine Darstellung über die schwierige Lage kleiner Provinzverleger. Wir glauben, unsere Kollegen diese nicht vorankommen zu können, damit sie über alles aufgeklärt werden. Wir können die genannten Angaben nicht nachprüfen. Es scheinen hier die Umstände besonders ungünstig zu liegen; zu geringer Bezugspreis, zu wenig und zu billige Inserate und andres. Was Schreiben lautet in der Hauptsache.

Im Dezember 1918 habe ich die von mir gedruckte Zeitung „Der Proletarier“ von der Breslauer Berechnungsstelle berechnen lassen. Diese rechnete aus, daß bei einer Auflage von 4450 (damals, heute über 1000 mehr) der Druck einer sechsseitigen Nummer auf 169,60 Mk., einer achtsseitigen Nummer 214 Mk. kostet (Friedenspreis). Da der „Proletarier“ in der Woche zweimal sechsseitig, einmal achtsseitig erscheint, so würde also der Friedenspreis sein: 169,60 + 169,60 + 214 = 553,20 Mk.

Nimmt man angeschlossen der letzten Forderungen nur 400 Proz. Zuschlag, so würde ich also an Druckkosten für die Woche 2766 Mk. fordern müssen. Der Papierpreis beträgt für 4450 Auflage augenblicklich (ich habe noch Januarpapier!) 717 Mk., gibt insgesamt 3483 Mk. Dazu Redaktion, Porto, Steuern, Miete usw. nur 400 Mk. pro Woche (viel zu wenig!), so entstehen dem Verlage pro Woche 3883 Mk. Kosten, ganz gering gerechnet. Und die Einnahme? Der Bezugspreis ist 35 Pf. pro Woche; ein Preis, der den anderen Zeitungen in der Untergang und wohl auch im allgemeinen angepaßt ist. Die Kolportage erhalten mindestens 8 Pf. pro Woche, so daß im Durchschnitt 27 Pf. der Verlag erhält, 4450 x 27 Pf. = 1201,50 Mk. Dazu für 400 Mk. Inserate die Woche, gibt eine Gesamteinnahme von 1601 Mk. Die Ausgaben sind dagegen 3883 Mk., so daß jede Woche ein Gebrauftrag von 2282 Mk. entfällt. Glauben Sie wirklich, daß das zu ertragen ist? Genau so, wie hier, geht es den anderen kleinen Zeitungen mehr oder minder ebenso.

Ich kann, wenn die Zeitung daher nicht schon längst eingehen sollte, wodurch sechs bis sieben Mann arbeitslos werden, daher nur weit unter dem Druckpreissetzt arbeiten; der doch die Grundlage für die Möglichkeit der Zahlung der immerwährenden Zulagen bilden soll. Ich glaube es einfach nicht, daß er überall angewendet wird, weil es eben unmöglich ist. Sie dürfen es daher nicht verwunderlich finden, wenn sich Widerstand geltend macht. Oder die Blätter müßten pro Woche 1 Mk. kosten, nämlich 1,50 bis 2 Mk. oder noch mehr.

Das Verhältnis zwischen Lohnsteigerung, Materialverwertung und Unternehmergewinn im Buchdruckergewerbe

Ein tüchtiger Fachmann lenkt uns zu diesem Thema dankenswerterweise den nachfolgenden kleinen, aber sehr reichen Beitrag:

Der Abzinsungsfehler erblickt laut Preistarif (B3) in den Orten mit 17 1/2 und mehr Prozent Lokalaufschlag einen Durchschnittslohn von 64 Pf. Der Verkaufsstundenpreis betrug 64 + 88 1/2 Proz. Geschäftskosten und 10 Proz.

Geschäftskosten = 1,30 Mk. Das Verhältnis der Lohnstunde zur Verkaufsstunde war 1 zu 2,03 oder die Verkaufsstunde hatte einen Aufschlag von 103 Proz.

Bei voller Anrechnung der jetzigen Teuerungszulage (Wochenlohn etwa 200 Mk.) erhielt der Seher für eine Verkaufsstunde 4,15 Mk. Der Verkaufspreis beträgt 11,40 Mark, also ein Verhältnis wie 1 zu 2,75 oder ein Aufschlag von 175 Proz.

1 Stunde Sachlohn Friedenspreis 0,64, Verkaufspreis 1,30 Mk. = 103 %

1 „ „ „ „ „ „ „ „ 11,40 „
Der Friedenslohn hat daher einen Aufschlag von 550 Proz., der Verkaufsstundenpreis einen solchen von 775 Proz. erhalten. Die Steigerung der Lohnsumme ist daher um 225 Proz. (um ein Drittel) niedriger als die Steigerung der Verkaufsumme.

Käfen die Geschäftskosten gegen früher gleichen Schritt gehalten, so müßte der Verkaufsstundenlohn betragen: 4,15 Mk. + 88 1/2 Proz. Geschäftsaufschlag (3,68 Mk.) + 10 Proz. Geschäftskosten (73 Pf.) = rund 8,60 Mk. Sie betragen jedoch 11,40 Mk. Sie müssen sich folgendermaßen zusammensetzen: 4,15 Mk. + 150 Proz. (statt 88,75 Prozent) Geschäftsaufschlag (6,22 Mk.) + 10 Proz. Geschäftsaufschlag (1,03 Mk.) = 11,40 Mk.

In Prozenten daher:
Echternlohn . . . 4,15 Mk. = 36,4 Proz.
Geschäftskosten . 6,22 „ = 54,6 „
Geschäftskosten . 1,03 „ = 9,0 „

Es ist damit bewiesen:
1. daß der gezahlte Lohn bei den heutigen Verkaufspreisen nicht die ausschlaggebende Rolle spielt;
2. daß dagegen die Geschäftskosten (aus begreiflichen Gründen) eine besondere Steigerung von 88 1/2 auf 150 Proz. auf den Sachlohn erfahren haben.

Die Klage, daß die erhöhten Löhne dem Gewerbe an sich schädlich werden können, ist unberechtigt, viel größerer Einfluß haben dagegen die enorm gestiegenen Materialpreise (54,6 Proz. des Stundenspreises). Da der preistarifliche Teuerungsaufschlag 775 Proz. beträgt, der Lohnaufschlag jedoch nur 550 Proz., so können die überschüssigen 225 Proz. der Lohnsumme noch auf das Konto der Geschäftskosten. Der Prozentfuß ist sogar noch um 50 Proz. höher, wie die folgende Aufstellung ergibt:
Lohnsumme 64 Pf. + 550 Proz. Teuerungszuschl. = 4,16 Mk.
Geschäftspfeil 54 „ + 1050 „ = 6,19 „
(775+275)

Geschäftsgew. 12 Pf. + 775 „ = 1,05 „
Verkaufspr. 1,30 Mk., heutiger Verkaufspreis 11,40 Mk.

Es verlohnt sich, einmal festzustellen, ob die gesamten Aufkosten heute tatsächlich einmal mehr betragen als vor dem Kriege. Die notwendigen Materialien haben ohne Zweifel viel höhere Aufschläge zu verzeichnen, dagegen sind die Kosten der Abschreibungen und der Verzinsung des Anlage- und des durch die Steigerung wesentlich erhöhten Betriebskapitals noch in naheliegen Grenzen. Allerdings kommen bei Neuanstellungen von Schrift und Maschinen weber höhere Werte und daher höhere Abschreibungen und Verzinsungsummen in Betracht.

Eine große Schwierigkeit liegt für viele, wenn nicht für die meisten Prinzipale beizulegen darin, daß gegenwärtig ein hohes Betriebskapital ständig zur Verfügung stehen muß. Im allgemeinen ist unser Gewerbe ja nicht sonderlich kapitalkräftig. Die Grobdruckereien mit ihrem stärkeren finanziellen Fundament sind nicht für das Ganze ausschlaggebend. Gesh ist jetzt in größerem Maß an Betriebskapital, was z. B. bei dem Papierkauf stark mitspricht, dann bereitet auch keine Beschaffung außerordentliche Schwierigkeiten.

Der Unternehmergewinn ist bei uns ganz annehmbar gelegen, namentlich bei gutbeschäftigten Lohndruckern, wenn auch kleinere Zeitungsverleger sich vielfach in schwieriger Lage befinden werden. Die Teuerungszulagen der Gewerkschaften usw. bedeuten also keine geschäftliche Einbuße für den Prinzipal. Allerdings, wie in der „Einanzpolitischen Korrespondenz“ an dem knappen Beispiel mit einer Zöpferechnung nachgewiesen wurde, daß der Lohn nur um das Vierelhafte, der Unternehmergewinn aber um das Dreifache gestiegen ist, so etwas wird bei uns wohl nur im Ausnahmefall antreffen werden können. Dabei ist eine ganze Anzahl von Industriezweigen den Zöpfern und Bauunternehmern noch fähig über. Die Materialverwertung jedoch wurde an der nämlichen Stelle kürzlich bei der Möbelindustrie mit dem Zwanzigfachen von 1914 illustriert, während die Löhne um das Fünffache gestiegen sind. Bei uns ist der Tageszeitungspapierpreis ja nun auf 1517 Proz. Steigerung hinaufgeklüffert, für andere Sorten noch höher, zum Teil sogar viel höher. Deshalb ist es notwendig, der allgemeinen schlimmen Verteuerung immer in der Richtung nachzuspüren, aus der sie in der Hauptsache kommt — und das ist nicht bei den Arbeitern!

Verschiedene Gänge

„Mitteilungen.“ Herausgegeben von der Zentral-Kommission der Eisen- und Stahlgewerkschaften Deutschlands. Nr. 1. Ebenener Jahrgang. Januar 1920. Ein Artikel über das auch malige Doppelheft „Wörter“ wird durch eine Mitteilung einer Schilke noch verständlicher gemacht. Zuschriften für die „Mitteilungen“ an Richard Pfeiffer, Berlin SW 48, Friedrichstraße 13.

Verband der Deutschen Buchdrucker

Bilanz am 31. Dezember 1919

Einnahmen

Einnahmen und Ausgaben in den Gauen für die Monate Juli, August, September 1919

Ausgaben

	1919	1920		1919	1920
An Saldovortrag vom 30. September 1919	12225430	37	Der Unterstützungen in den Gauen im 3. Quartal 1919, Verwaltung usw.	873717	96
„ Einschreibegeld, Beiträgen usw. in den Gauen im 3. Quartal 1919, Zinsen usw.	1365514	18		„ Saldovortrag für 1. Januar 1920	12717226
Summa	13590944	55	Summa	13590944	55

Der Saldo von 12717226,50 Mk. setzt sich zusammen aus 11620841,86 Mk. in 74860,29 Mk. Vorkauf in den Gauen und 80000 Mk. Vorkauf des „Korrespondent“.

Berlin, den 20. Februar 1920.
Vorstehender Abschluß wurde von mir geprüft und mit den ordnungsmäßig geführten Geschäftsbüchern in Übereinstimmung gefunden.
Berlin, den 11. März 1920.

Wertpapieren, deren Ankaufswert 11 539 662,11 Mk. beträgt, 941 524,44 Mk. in bar,

B. Schweinitz, Kell. Kassierer.
Vorstehender Kassenabschluß ist revidiert, in gehöriger Ordnung befunden und der buchmäßige Kassenbestand von 670 637,92 Mk. in Belegen und Kasse festgestellt worden.
Berlin, den 7. März 1920.

Erich Keatinger, Bücherrevisor.

Die Revisionskommission:
Eugen Segus, Ernst Gerlach, Paul Grumbach.

Auszug aus den Protokollen der Vorstandsitzungen im dritten Quartal 1919

1. Die Unterstützung laut § 25 der Beschlüsse erließen: im Gau Bayern 1, Dresden 4, Erzgebirge-Bogelnd 4, Mittelrhein 64, Ostland-Schüringen 83, Rheinland-Westfalen 188, An der Saale 9, Schlesien 2 Mitglieder; zusammen 355 Mitglieder.

2. Umzugskosten. Eine Beihilfe zu den Kosten ihres Umzugs erließen im Gau Bayern 13, Berlin 8, Dresden 6, Erzgebirge-Bogelnd 7, Frankfurt-Sachsen 3, Hamburg-Altona 3, Hannover 4, Leipzig 2, Mecklenburg-Lübeck 3, Mittelrhein 10, Nordwest 2, Oberheln 5, Oder 13, Ostland-Schüringen 13, Ostpreußen 2, Polen 3, Rheinland-Westfalen 24, An der Saale 16, Schlesien 11, Schleswig-Holstein 4, Westpreußen 2, Württemberg 7; zusammen 161 Mitglieder.

3. Ordnungstrafen. Wegen Vergehens gegen die Bestimmungen für vorübergehend Erwerbsunfähige (Kranke) wurden im Gau Bayern 1, Berlin 10, Frankfurt-Sachsen 1, Leipzig 1, Oberheln 1, Rheinland-Westfalen 2, Schlesien 3, Schleswig-Holstein 1, insgesamt 20 Mitglieder, mit Ordnungstrafen belegt. Statt des Ausschlusses nach § 11 Abs. 2 wurde auf eine Geldstrafe erkannt bei einem Mitglied im Gau An der Saale.

4. Rechtschub erhielt ein Mitglied im Gau Hannover.
5. Invalidenunterstützung. Gemäß den Bestimmungen des Vorstandes vom 6. Oktober 1913 wurden als dauernd Erwerbsunfähige (Invaliden) anerkannt und denselben die Unterstützung bewilligt: im Gau Bayern: 1. der 46jährige Seher Georg Späth aus München (Magengeschwür), 2. der 68jährige Seher Eduard Hauser aus Prag (Arterienverkalkung und Herzfehler), 3. der

73jährige Seher Heinrich Hgelmann aus Bruch (Einklemmung eines Nehrbruchs), 4. der 44jährige Seher Konrad Ehrensperger aus Erlangen (Lungenarterienverkalkung); im Gau Berlin: 5. der 25jährige Seher Wilhelm Schmidt aus Schweidnitz (Lungenarterienverkalkung), 6. der 47jährige Stereotypen Karl Brandt aus Quedlinburg (Lungenarterienverkalkung und Schuppenflechte), 7. der 44jährige Seher Wilhelm Wolfenbarger aus Magdeburg (Lungenarterienverkalkung und Nervenleiden), 8. der 64jährige Seher Gustav Müller aus Magdeburg (Arterienverkalkung), 9. der 43jährige Seher Willi Pogorke aus Magdeburg (Lungenarterienverkalkung), 10. der 73jährige Stereotypen Joseph Weith aus Ellguth (Gefäßverkalkung und Altersschwäche), 11. der 62jährige Seher Alfred Jaqueman aus Berlin (Untersehenhegelgeschwür); im Gau Dresden: 12. der 67jährige Seher Friedrich Moser aus Lory (Schlaganfall), 13. der 73jährige Seher Bruno Hausmann aus Dresden (Herzleiden), 14. der 65jährige Seher Otto Ziegenbalk aus Dresden (Arterienverkalkung durch chronische Bleivergiftung), 15. der 67jährige Gustav Rehnemer aus Regensburg (Aderverkalkung); im Gau Hannover: 16. der 60jährige Schwelgerdegen Karl Erich aus Sarburg (Aderverkalkung, doppelseitiger Leistenbruch, chronischer Rheumatismus an beiden Händen und den Fingergelenken), 17. der 53jährige Seher Erich Wegelein aus Braunschweig (Herzleiden); im Gau Leipzig: 18. der 49jährige Seher Karl Heibler aus Osanabrück (schweres Herzleiden), 19. der 52jährige Seher Georg Gibelein aus Mücheln (Gehirnleiden), 20. der 64jährige Seher Hermann Richter aus Luthau (Nervenchwäche mit vorgeführter Blutaderverkalkung); im Gau Nordwest: 21. der 50jährige Seher Friedrich Heuer aus Walsrode (Blaisch); im

Odergau: 22. der 34jährige Seher Johannes Schulz aus Steflin (Lungenarterienverkalkung), 23. der 73jährige Seher Gustav Reinke aus Steflin (chronischer Bronchialkatarrh und Alterschwäche); im Gau Ostland-Schüringen: 24. der 58jährige Seher Karl Häberlein aus Wittenburg (G.-M.) (Nüchternmarksdarre), 25. der 61jährige Seher Mar Müller aus Weimar (Herzleiden), 26. der 58jährige Seher Julius Bäh aus Roda (Lungenarterienverkalkung und Zuckerharnruhr); im Gau Rheinland-Westfalen: 27. der 72jährige Seher Karl Brill aus Kallerswerth (Alterserscheinungen), 28. der 64jährige Seher Hermann Winger aus Schönhoffen (Aderverkalkung), 29. der 63jährige Maschinenseher Franz Maachen aus Wachen (Blaisch), 30. der 63jährige Seher Friedrich Winke aus Hanau (Arterienverkalkung und Herzleiden); im Gau An der Saale: 31. der 60jährige Seher Richard Neuhaus aus Birnbaum (chronischer Lungenkatarrh); im Gau Schlesien: 32. der 57jährige Seher Karl Berndt aus Breslau (Herzleiden); im Gau Württemberg: 33. der 47jährige Seher Ernst Hauber aus Simmohheim (Lungenleiden).

Invalidenstand: Übernommen vom 2. Quartal 1919; 1083, neu hinzugekommen 33, wieder in Bezug getreten 1, zusammen 1117; hieron Abgang 45 (gestorben 14, außer Bezug getreten 11, 20 übernommen von der erhaltungsbrüderlichen Sektion des französischen Bucharbeiterverbandes), bleibt Invalidenstand 1072.

6. Verwaltung. Verstand wurden drei Rundschreiben, davon zwei informativ, für die Gau vorläufig.

7. Geschäftsverkehr in den Monaten Juli bis September 1919: 1952 eingegangene und 1211 abgegangene Postsendungen.

Die Verbandsgeschichte

muß ein jeder Kollege so in Besitz haben, um sie geistig jederzeit für die Organisationsarbeit der Gegenwart verwenden zu können.
Alt und jung hole Versäumtes nach!
Bestellungen bei den Vorständen.

Freie Sattorenvereinigung im Gau Rheinland-Westfalen

Donnerstag, den 18. April, mittags 2 Uhr
Generalversammlung
in Köln im „Bayerischen Hof“, An der Rechtschule.
Tagesordnung:
1. Referat des Vorsitzenden der Zentralkommission, Kollegen Schlotterbeck (Frankfurt a. M.), über: „Was will die Freie Sattorenvereinigung?“ 2. Aussprache. 3. Bericht über die bisherige Tätigkeit der Freien Sattorenvereinigung im Gau. 4. Die Situation im Gau, Bericht über die Aufnahmen. 5. Verschiedenes.
Aufwilliges und pünktliches Erscheinen erwartet Der Vorstand.

Gabelsberger! Von der Kollegenschaft bevorzugte Kurzchrift

In der Praxis bewährtes System! • Leicht wiederlesbar • Auskunft erstellt der Leiter der Vereinigung stenographischer Buchdrucker W. Hebermann, Wolfenbüttel, oder der Leiter des deutschen Unterrichts A. Wegele, Essen (Ruhr)-Westf., Berliner Str. 211, und R. Helmhold, Wolfenbüttel, Osterstr. 1

Motivenshaft „Typograph“

Erste 3. neue Ausgabe. Interessant. Herrschend von zeitgemäßen Buchstaben. La. 12. 4,50 Mk. bei Vereinig., Madn. 4,30 Mk. G. Wienands, Graph. Verlag, Bonn a. Rh., Postfach 42.
Süchtige
Fertigmacher, Stöhhobler und Zusatzer
für dauernde Stellung gesucht.
Schriftsetzer Rudolph & Mayer, Frankfurt a. M.

Mkzidenzseher

an selbständiges Arbeiten gewöhnt, durchaus gewandt in der Verwendung moderner Materials, mit künstlerischem Empfinden, guter Allgemeinbildung und verlässlichem Charakter, wird in angenehme, bei entsprechender Bezahlung dauernde und gutbezahlte Stellung in gutem Hause gesucht. Nur wirklich erstklassige Kräfte wollen mit Einbringung von Zeugnisabschriften nebst Angabe ihrer Personalien und Gehaltsansprüche ihre Bewerbung richten unter S. O. 3786 an Rudolf Mosse, Stuttgart.

Russischen Seher

Suchen
Haltberg & Bickling, Leipzig.

Reisepost

Kreifen Bildung haben zum Betrieb einer Reisepostschicht und zur Akquisition von Anzeigen. Geht. Anzeigen bitten wir stets Rückporto beizufügen.
Giffert & Buchardt, München, Auenstraße 80.

Schiffseher

26 Jahre alt, an festes, selbständiges Arbeiten gewöhnt, wünscht sich möglichst bald in Dauerstellung zu verändern. Vertrauensstellung in kleiner Druckerei bevorzugt, da zur Zeit in gleicher Eigenschaft tätig. Ausführl. Angebote unter Nr. 94 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Schriftseher

24 Jahre, allgemein gebildet, Stolz-Schreib-Steinograph, im Felde
Sunkentelegraphist
gewesen, wünscht als solcher in Zeitungsbetrieb, gleich wohn, tätig zu werden. Geht. Angebote erbeten an
Kupper, Klein-Großfeld, Poststraße 68 II.

Maschinenseher

(Sollten Typograph) sucht Stellung. Angebote unter 110 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Süchtiger, strebsamer Schriftseher

welcher Ostern seine Lehrzeit beendet, sucht Stellung, am liebsten dort, wo er sich in Mkzidenzseher weiser ausbilden kann. Angebote unter W. H. 80 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Mkzidenz-Seher

25 Jahre alt, sucht für sofort oder später Stellung. Mehrere erbeten an
Paul Tschentke, Sagan, Pohlstraße 13.

Mkzidenzseher

strebsam, 27 Jahre alt, ledig, in allen Facharten bewandert, welcher auch am Tegel ausheilen kann, sucht baldige Stellung. Nähe Leipzigs bevorzugt. Angebote erbeten an
H. Wehner, Gärtnerswalde (Spreewald), Wil. Schillingenplatz 7.

Rebiger, süchtiger Typographseher

Modell A und B, wünscht sich bis Mitte April zu verändern, eventuell auch ins Ausland. Geht. Angebote unter G. 111 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Maschinenband

Griedensqualität, liefern
Fesner & Wolf, Düsseldorf, Graf-Adolf-Straße 112.

Die Farben und ihre Töne

mit 7 Farbentafeln in vier Tonstufen
5 Mark
Verlag der Bildungs- und Erziehungswissenschaftlichen Buchdrucker G. m. b. H. Leipzig / Salomonstraße 8 III
Postcheckkonto 55430.

Zu kaufen gesucht:

Rotationsmaschine, Schmalzmaschinen, Schnellpressen, Schneidemaschinen, Tegel usw.
Verwilliger Provisor!
Sälum-Verlag
Berlin SO 16, Franzstraße 10, Telefon Moritzplatz 14330.

Am 24. März verschied nach langem, schwerem Leiden der Schriftseher
Felix Weide
aus Panitzsch, im Alter von 43 Jahren.
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm
Die Verbandsmitglieder der Reichsdruckerei, Berlin.

Am 5. März verschied nach kurzem Krankenlager, unser lieber Kollege, der Schriftseher
Robert Walther
aus Seeborn, im Alter von 70 Jahren.
Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.
Die Kollegen der Reichsdruckerei
Wegner & Wittig, Leipzig.